

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

ROTER
STERN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten
45. Jahrgang * PF 35 11 02 in 39034 Magdeburg * Nr.1/2011 1,- Euro
www.kpd-ml.org bzw. kontakt@kpd-ml.org

SOFORT ABSCHALTEN !



Aus dem Inhalt:

Erklärung der Japanischen Eisenbahngewerkschaft <i>DORO-CHIBA</i> zur Atom-katastrophe.....	2-3
Ausstieg jetzt!.....	4
Die Revolten der Völker im arabischen Raum - Teil der proletarischen Weltrevolution.....	5-8
EU und USA - Hände weg von Nordafrika und dem Nahen Osten!.....	9
Erklärung der <i>PCOF</i> zu Libyen.....	10
Erklärung von <i>Arbeit Zukunft</i> : US-Imperialismus und EU stützen die Konterrevolution.....	11-12
Interview mit dem Sprecher der <i>Kommunistischen Arbeiterpartei Tunesiens</i>	13-16
Presseerklärung der <i>ROTEN HILFE</i> ...16	
Eine Woche inmitten der tunesischen Revolution.....	17-19
140 Jahre Pariser Kommune.....	20
Gedanken zu Georg Büchners "Dantons Tod".....	21-22
Für eine Welt der Arbeiter.....	23-25
Zum Tode von Prof. Wiktor Iljuchin...26	
Die Antifaschisten sind die Verteidiger der bürgerlichen Demokratie.....	27-28
Quo vadis, BRD? Die Wahlen 2011.....	29-32
Aus dem Vertriebsprogramm.....	33
Wer ist die KPD/ML ?.....	34

**Japanische Eisenbahnergewerkschaft
DORO-CHIBA (National Railway Motive Power Union of CHIBA) 19.3.2011**

Zur Atom-Katastrophe

“Es ist wunderbar, wie die japanischen Kernkraftwerke dem größten Erdbeben der letzten tausend Jahre widerstehen” - “Die Atombehörden sollten stolz darauf sein”

**Wir widersprechen den Worten der Wirtschaftsbosse
Lasst uns den Kampf aufnehmen!**

Das ist Kapitalismus!

Während einer Pressekonferenz am 16. März lobte Yonekura Hiromasa, Vorsitzender von Nippon-Keidanren (Wirtschaftsverband Japan), die japanischen Atombehörden und sagte: “Japanische Kernkraftwerke sind so robust, dass sie dem größten Erdbeben der letzten tausend Jahre widerstehen. Es ist wunderbar. Japanische Atombehörden sollten stolz darauf sein.” - “Der Unfall ist beherrschbar” - “Ich bin nicht der Ansicht, dass die japanische Atompolitik an ihre Grenzen stößt.” Welch eine Schamlosigkeit!

In Wirklichkeit droht in sechs Reaktorblöcken der Atomanlage die Kernschmelze, und die Rettungsarbeiten sind zum Stillstand gekommen. In diesem Moment treten hochradioaktive Stoffe aus den freiliegenden Brennstäben der Reaktoren aus. Hunderttausende von Menschen in der Umgebung sind immer noch gezwungen, in den Notunterkünften auszuharren. Diese Unterkünfte sind radioaktiver Verseuchung ausgesetzt. Die Menschen dort können nicht evakuiert werden. Für die Kapitalisten ist dieser Zustand “wunderbar”, in dem eine erschreckende Anzahl hilfloser Menschen vom Tod durch radioaktive Verstrahlung bedroht ist. Eine Schande ist das! Das ist Kapitalismus!

Kaum Informationen

Der Bürgermeister der Fukushima Stadtpräfektur in der vom Tsunami zerstörten Minami-Soma Region kritisiert voller Wut die Verwaltung: “Was sie tun ist, dass sie nach jeder Explosion den Reaktor mit Meerwasser kühlen. Es ist zu spät. Warum? Weil die Tokyo Electric Power Company (TEPCO) gezögert hatte, Meerwasser zu benutzen, weil sie befürchteten, dadurch die Reaktoren zu beschädigen. Als der Unfall im Reaktorblock passierte, hätte man auch die anderen Reaktoren mit Wasser kühlen müssen. Die Unglücke nach den Problemen mit Reaktorblock 1 waren alle von

Menschen verursachte Katastrophen.” – “Die Menschen hier fürchten die Kernschmelze in den Reaktoren. Es gibt weder Orte, an die man die Menschen bringen kann, noch stehen genügend Transportmittel für eine Evakuierung zur Verfügung.”

Trotz dieser katastrophalen Entwicklungen hat das Fernsehen heute fast keine Berichte darüber gesendet, was am Ort der Atomkatastrophe geschieht. Das ist eine vollkommene Nachrichtensperre. Obwohl wir seit Jahren immer wieder auf die Gefahren hingewiesen haben, die von Kernkraftwerken und der Atompolitik der Regierung ausgehen, ist die Katastrophe nun da. Leider konnten wir sie durch unsere Kritik nicht verhindern. Das ist sehr bedauerlich.

Rengo, das große nationale Gewerkschaftszentrum, das zusammen mit den Energieunternehmen für den Bau von Kernkraftwerken eingetreten ist

Impressum:

ROTER STERN

Zentralorgan der KPD/ML

* * *

Herausgeber:

ZK der KPD/ML (v.i.S.d.P.)

* * *

Kontakt zur Partei, zu Redaktion und Vertrieb:

Postfach 35 11 02

39034 Magdeburg

www.kpd-ml.org

und

kontakt@kpd-ml.org

* * *

Eigendruck im Selbstverlag

hüllt sich angesichts des Atomunfalls in totales Schweigen. Wir erleben nun auf schreckliche Art und Weise, was geschieht, wenn Gewerkschaften zum Werkzeug kapitalistischer Politik werden oder sich vor den Karren einer Regierung spannen lassen. Wir sollten daraus lernen, uns wieder auf den eigentlichen Kern der Arbeiterbewegung zu besinnen und mit all unserer Kraft um unser Leben zu kämpfen.

Regierung immer noch untätig und orientierungslos

Die Zahl der Toten wird offiziell mit mehr als 6.500 angegeben und 10.000 werden noch vermisst (Zahlen aus den Nachrichten). In vielen Städten und Dörfern weiß man nicht einmal, wie viele Menschen tot oder vermisst sind. Die Regierung bleibt untätig und hat keine Vorstellung davon, wie man die Krise angehen kann. In den Krankenhäusern, in denen sich die Flüchtlinge aufhalten, fehlen Medikamente. Fehlende medizinische Versorgung bedeutet den sicheren Tod für Kranke und Alte. Die Verwaltung überlässt sie einfach ihrem Schicksal. Sie tut nichts, um das Problem zu lösen.

Lasst uns selber die Verantwortung für unsere Gesellschaft übernehmen

Was passiert ist und was jetzt noch immer passiert nach diesem ungeheuren Erdbeben ist weit jenseits unserer gegenwärtigen Fähigkeiten. Jetzt ist der Augenblick gekommen, in dem wir zu unserem Anfangspunkt zurück finden müssen. Erstens müssen wir all unsere Kraft darauf konzentrieren, dass Hilfe in die betroffenen Gebiete kommt. Zweitens müssen wir gegen die drohenden Angriffe auf die Arbeiterklasse kämpfen. Was auch immer passiert und unabhängig von allen zukünftigen Entwicklungen gilt, dass die Schwierigkeiten und Probleme, die auf uns warten, nur eine kämpferische und sachkundige Gewerkschaft angehen kann, die bereit ist, Verantwortung in der Situation zu übernehmen. Von uns wird erwartet, dass wir auf diese Herausforderungen mit einem gewaltigen Schritt vorwärts reagieren. Das ist aber nur dann möglich, wenn wir eine enge Verbindung mit zornigen Arbeitern eingehen und das Vertrauen in die Einheit der Arbeiterklasse stärken. Das Hauptziel unseres Kampfes ist die Abwehr der Angriffe unserer Feinde in der ausufernden Entwicklung eines bankrotten Neo-Liberalismus. Lasst uns aufstehen und kämpfen!

Internet: <http://www.doro-chiba.org/> *Erstmals veröffentlicht auf Englisch im Internet unter http://www.doro-chiba.org/english/dc_en_11/dc_en_3_19.htm. Übersetzung von Manfred Pegam*



Ausstieg JETZT!



Das Erdbeben der Stärke 9,0 nahe Sendai - das schlimmste Erdbeben, das Japan jemals getroffen hat - war ein Naturereignis, und der Tsunamie, der die Küste überrollt hat, war seine Folge. Aber die darauf folgende Atomkrise ist das Ergebnis gesellschaftlicher Kräfte.

Wieder einmal führt das kapitalistische System die Welt an den Rand der Katastrophe, und wieder einmal demonstriert die Wirtschaftselite ihre völlige Rücksichtslosigkeit und Verantwortungslosigkeit.

Es gab immer wieder Warnungen vor den Gefahren der Nukleartechnologie und eine ganze Reihe schwerer Unfälle - Windscale, Fermi I, Three Mile Island, Tschernobyl. Aber nichts konnte die herrschenden Eliten in einem Land nach dem anderen davon abhalten, Hunderte Milliarden Steuergelder in die Atomenergie zu investieren.

Im vergangenen Jahrzehnt hat das kapitalistische System eine Katastrophe nach der anderen verursacht: jedes Jahr Millionen und Abermillionen Hungertote, Kriege in Afghanistan und im Irak; der größte Finanzzusammenbruch der Geschichte mit anschließender Weltrezession; die Verschmutzung und Vergiftung des Golfs von Mexiko durch BP... In keinem Fall wurde ein Vorstandschef oder ein kapitalistischer Politiker für diese Verbrechen zur Verantwortung gezogen.

Diese Ereignisse enthüllen die organische Anarchie des kapitalistischen Systems und die kriminelle Verantwortungslosigkeit der Kapitalistenklasse.

Die Arbeiterklasse schafft für die gesamte Menschheit einen größeren Reichtum als je zuvor eine Bevölkerungsgruppe in der Geschichte, aber diese Mittel stehen für gesellschaftliche Bedürfnisse nicht zur Verfügung, weil das gesamte Wirtschaftsleben der Profitorgie der herrschenden Elite untergeordnet wird.

“Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf die Gefahr des Galgens.” (Ein englischer Gewerkschafter im 19. Jahrhundert, zitiert von Karl Marx in “Das Kapital”, Bd 1, MEW Bd 23 p. 788 Anm. 250)

C Für eine lebenswerte Zukunft ohne die Zumutungen des Kapitals!

C Alle gemeinsam gegen das Kapital!



Hostenis Kommentar:

Die Revolten der Völker im arabischen Raum - Teil der proletarischen Weltrevolution

“Die Sozialisten haben nicht nur die bedingungslose und sofortige Befreiung der Kolonien zu fordern - diese Forderung bedeutet aber politisch nichts anderes als die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen - sondern sie müssen revolutionäre Elemente in den bürgerlich demokratischen nationalen Befreiungsbewegungen in diesen Ländern auf das entschiedenste unterstützen und ihrem Auflehnen, ihren Aufständen ihrem revolutionären Krieg gegen die sie unterjochenden imperialistischen Staaten beistehen.” (W.I. Lenin, “Sozialistische Revolution und Selbstbestimmung”)

Wenn wir von der Revolution sprechen, so verstehen wir darunter nicht nur die sozialistische Revolution. In unserer heutigen Epoche sind auch der Befreiungskampf der Völker, die nationaldemokratischen, antiimperialistischen Revolutionen sowie die nationalen Befreiungsbewegungen Bestandteile eines einzigen revolutionären Prozesses, der proletarischen Weltrevolution.

Der grundlegende Widerspruch unserer heutigen Epoche ist der Widerspruch zwischen Sozialismus und Kapitalismus.

Wenn wir über die Welt und die verschiedenen Länder sprechen und sie benennen, urteilen wir nach den Prinzipien des dialektischen und historischen Materialismus. Wir urteilen vor allem gemäß der in den verschiedenen Ländern bestehenden sozial-ökonomischen Ordnung, gemäß dem proletarischen Klassenkriterium. Heute gibt es auf der Welt sozusagen zwei Welten: die alte - den Kapitalismus - und die heranwachsende neue Welt, die noch sehr schwach ist. Auch heute müssen wir von der sozialistischen Welt sprechen. Sie existiert zurzeit nicht konkret in einem Land. Die Länder, in denen der Sozialismus aufgebaut wurde, gerieten in eine Entwicklung, die sie zurückführten in den klassischen Kapitalismus. (Auch wenn heute einige Länder noch das Etikett “sozialistisch” tragen wie

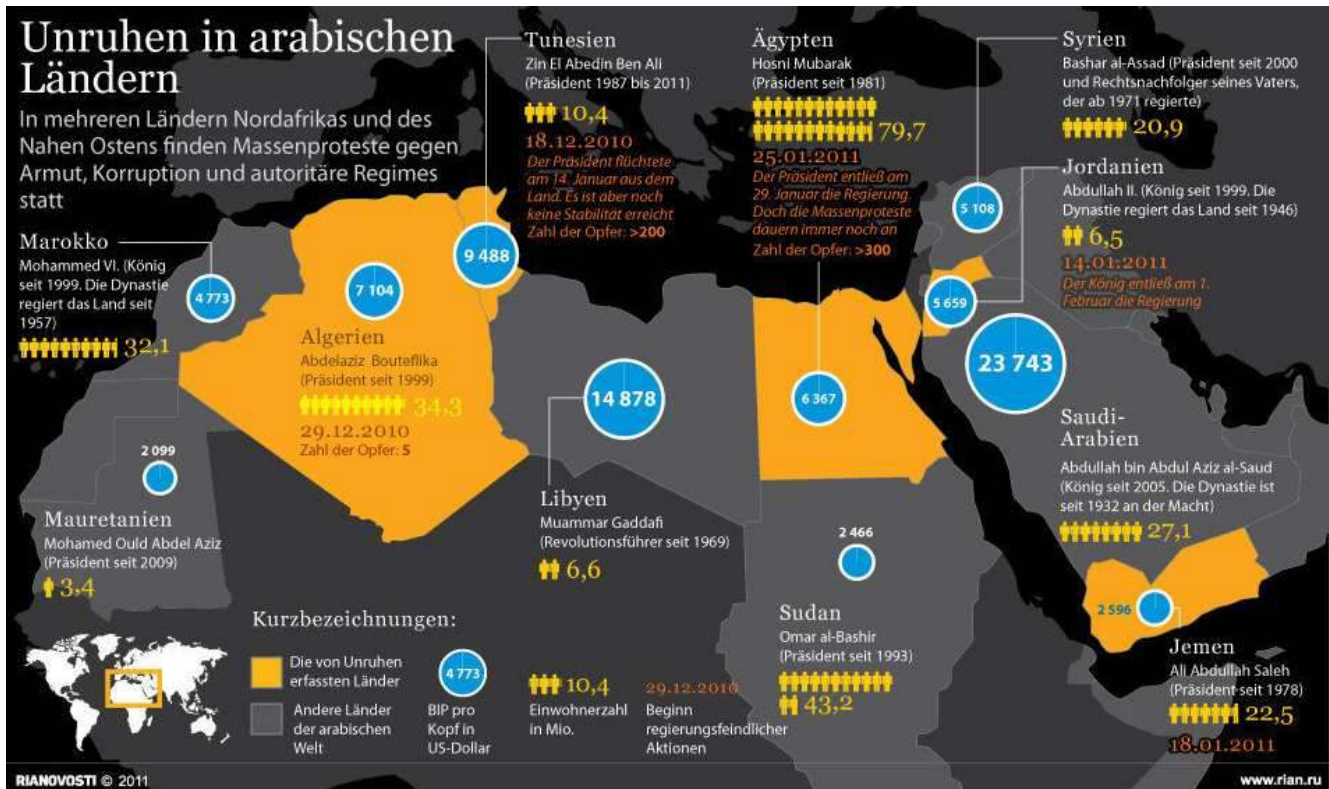
z.B. China, sind sie dennoch keine sozialistischen Staaten. Im Gegenteil: Sie sind ein Hindernis für den Sozialismus.) Die neue Welt lebt in den jungen Marxistisch-Leninistischen Parteienorganisationen. Diese analysieren die Gründe der vollständigen Restauration des Kapitalismus in den einst sozialistischen Ländern. Sie sind aktiv in den Klassenkämpfen, geben der Bewegung die theoretischen Grundlagen für ein Vorwärtsschreiten. Wenn diese Parteien auch noch klein sind - in vielen Ländern sind es erst “Keime” einer Kommunistischen Partei - so sind sie doch ein wichtiger Teil der neuen, der sozialistischen Welt.

Die Welt kann nur durch die Revolution verändert werden. Heute ist die Sache der Durchführung der Revolution das Hauptziel der Strategie des Klassenkampfes des Proletariats und der unterdrückten Massen.

“Die Welt befindet sich in einer Phase, in der die Sache der Revolution und der nationalen Befreiung der Völker nicht nur ein Ideal und eine Perspektive ist, sondern auch ein Problem, das zur Lösung ansteht.” (Enver Hoxha)

Der Aufstand, die Revolten einzelner Völker, einzelner Nationen im arabischen Raum erschüttern die seit Jahrzehnten währenden despotischen Zustände in einzelnen Ländern Arabiens. Es sind Aufstände, es sind Revolten der Arbeiter und Bauern, der Jugend und der Intelligenz. Es sind Revolten des Hungers, des Brotpreises, des Wassers, der Hygiene und der Bildung.

Die Revolten haben eines gemeinsam, so unterschiedlich sie sind. Es sind Aufstände, an denen das Volk und einzelne Klassen der Gesellschaft beteiligt sind. Es ist die Klasse der kleinen Bauern (Fellachen), es ist die städtische wie die dörfliche Armut. Die städtische Armut besteht aus den untersten Schichten des Volkes, Millionen, die ums Überleben kämpfen mit Gelegenheitsarbeit, Hun-



dertausenden kleinen Händlern und kleinen Handwerksbetrieben, untersten Schichten der Nationalbourgeoisie, und auch Teile des Industrieproletariats. Es ist also die Gesellschaftsformation des Widerstandes von Völkern, wo der Kapitalismus nie voll sich entwickelt hat (wie in den alten imperialistischen Ländern), sondern die ehemals Kolonien waren oder die ausgerüstet sind mit ganz schwachen Nationalbourgeoisien und die unterworfen sind durch militärischen, politischen und ökonomischen Einfluss alter imperialistischer Staaten. Was ist der Auslöser der Revolten gegen die Despotie?

Es ist die heute gegebene Schwäche der Imperialisten. Es ist ihre Weltwirtschaftskrise. Es ist die kriegerische Politik der Befriedung des Iraks ebenso wie die Aufrechterhaltung der Despotie durch die Imperialisten in diesen Ländern der Revolten. Von Inhalt und Form sind die Aufstände in diesen Ländern - so unterschiedlich sie sind - Revolten. Zur Stunde ist weder in Ägypten, noch in Algerien, noch im Jemen, noch in Marokko, Bahrain noch in Tunesien oder Libyen usw. der Volksaufstand in der Lage, überzugehen in einen revolutionären Kampf.

Was unterscheidet Aufstände des Hungers und des Kampfes ums Brot, für Demokratie und Meinungsfreiheit, wie man diese Revolten bezeichnen kann, von Revolutionen?

Der Unterschied ist der, dass Revolutionen darum kämpfen, eine neue Gesellschaftsordnung aufzurichten. In den Ländern der Revolte wäre dies die neue Gesellschaftsordnung bei Niederschlagung der alten, die Volksdemokratie. Der Unterschied zwischen Revolten und dem Übergang zur Revolution zeigt sich eben gerade darin, dass die Kräfte der Volksfront, die vorläufig den Sturz des alten Systems vornehmen, sich in einer Volksfrontregierung etablieren, die nicht durch Wahlen hervorgerufen wird, sondern durch den revolutionären Widerstand eines Volkes. Revolten und Aufstände des Hungers und um Brot können noch sehr leicht befriedet werden. Und sie sind in der Vergangenheit im arabischen Raum auch befriedet worden. Wenn der Volksaufstand dem US-Imperialismus, dem deutschen und französischen Imperialismus und den eigenen Despoten der dritten Reserve folgt und der Aufstand befriedet wird, wenn der Volksaufstand sich auf Wahlen einlässt, ist die Revolte von den Herrschenden niedergeschlagen. Denn die Revolte nicht zur Revolution kommen zu lassen - das ist das Ziel der Imperialisten, das ist das Ziel der verschiedenen Despoten. Deswegen das Geschrei nach Wahlen, Verfassungsänderungen und nach Übergangsregierungen in diesen Ländern. Die Despoten sind an der Macht, weil die Imperialisten die Macht mit ihnen geteilt haben. Deswegen die Aberhunderte Vertreter der US-Re-

gierung bei der so genannten Opposition und vor allem bei den Militärs dieser Länder. Aber auch der französische und der deutsche Imperialismus sind zur Stunde hoch aktiv in diesen Ländern, unter der Losung "Wahlen und Demokratie". Gelingt es also den Imperialisten mit den Herrschenden in den arabischen Ländern, mit den Despoten der zweiten und dritten Garnitur und insbesondere mit dem nationalen Militär, das Volk zu befrieden durch den Brotpreis und einige Reformen etc. und durch Auswechslung der schlimmsten Despoten und der Schlägertrupps - dann hat der Imperialismus die Lösung, die er wollte.

Denn die andere Lösung ist nur, das Militär der Länder unter Führung und Beteiligung des US-Imperialismus dort einzusetzen, gegen das eigene Volk einzusetzen bis zum Einsatz des Einmarsches der Imperialisten selbst. Alle Militärs in diesen Ländern sind Teil der Despotie.

Es ist eine offene Lüge der Bourgeoisie in der BRD insbesondere, dass das Militär in Ägypten das Volk vor der Despotie und ihren Schlägern schützt. Es ist umgekehrt: Das Militär schützt den kommenden Übergang zur neuen Despotie und hält das Volk in Schach, den Gewaltenapparat und die Regierungssitze zu besetzen. Und es ist die deutsche öffentliche Diplomatie, die dadurch den Militärs dieser Länder signalisiert: Wir werden mit euch erneut zusammenarbeiten können.

Revolutionen sind der gewaltsame Kampf um die Zerschlagung einer alten Staatsmacht, eines überlebten politischen Überbaus, ein Kampf, der, soll er erfolg- und siegreich sein, durch eine Diktatur gekrönt werden muss. Eine solche Diktatur kann in den Ländern des arabischen Raums noch nicht die proletarische Diktatur sein, sondern die Diktatur mehrerer Klassen, vor allem die Diktatur der Arbeiter und Fellachen, also der Kleinbauern.

Von einer solchen Revolution aber kann derzeit noch keinesfalls die Rede sein. Vor allem aus einem Grund: Revolutionen, die erfolgreich mit einer Diktatur gekrönt werden, erfordern Führung, erfordern die Avantgarde, erfordern im Imperialismus auch in Ländern wie denen des arabischen Raums die Leitung durch das Proletariat und seine politische Partei.

Davon kann in diesen Ländern kaum die Rede sein. Mit Ausnahme Tunesiens, wo die tunesische kommunistische Arbeiterpartei PCOT eine gewichtige Rolle gespielt hat und auch heute noch spielt. In den arabischen Ländern waren die kommunistischen

Parteien zum Teil seit Jahrzehnten gezwungen, illegal zu arbeiten, und durch diese jahrzehntelange Illegalität wie durch die Zersetzung durch den modernen Revisionismus sind sie geschwächt.

Es wäre also ein Fehler, die Revolten im arabischen Raum als "Revolutionen" zu sehen. Der viel schlimmere Fehler aber, den man begehen kann, ist der: Nicht zu erkennen und nicht laut zu sagen, dass diese Revolten der Völker des arabischen Raums Bestandteil der sozialistischen Weltrevolution sind.

Warum?

Können Revolutionen in abhängigen, in kolonialen und halbkolonialen Ländern noch bürgerlich-demokratische Revolutionen sein? Nein, das können sie nicht. Im Imperialismus, angesichts der Beherrschung der Welt durch eine Handvoll imperialistischer Großmächte, bringt bürgerliche Herrschaft es in Ländern wie Tunesien, Ägypten, Syrien etc. nicht weiter als allenfalls bis dahin: Die mehr oder weniger scheinparlamentarische Diktatur von Kompradorenbourgeois, vom Imperialismus ausgehaltenen, finanzierten und unterstützten Militärcliquen im Verbund den obersten Teilen einer kleinen nationalen Bourgeoisie und mit feudalen und halbfeudalen Herrschergruppen, wie sie in Saudi-Arabien oder in den Vereinigten Arabischen Emiraten, in Bahrain, Katar und anderen Ländern zu "bewundern" sind.

Es ist die Ökonomie des Imperialismus wie seine politische und militärische Kontrolle über diese Länder, die die Herausbildung eines eigenständigen Kapitalismus und einer nationalen Kapitalistenklasse, die zu einer souveränen bürgerlich-demokratischen Diktatur überhaupt fähig wäre, völlig verunmöglichen. Der Vorabend der proletarischen Revolution auf der ganzen Welt macht sie unmöglich. Die Völker der kolonialen und halbkolonialen Länder teilen alles Elend, alle Verrottung des sterbenden Kapitalismus, ohne je die "Segnungen" des aufstrebenden Kapitalismus geteilt zu haben. Sie genauso wie wir - wir leben nicht mehr im Zeitalter der bürgerlichen Revolutionen des 17., 18. und 19. Jahrhunderts. Bürgerliche Revolutionen wird es (mit vielleicht ganz, ganz wenigen Ausnahmen, von denen wir keine erkennen können) im 21. Jahrhundert nicht mehr geben.

Eine Zukunft haben die Völker in diesen Ländern nur mehr an der Seite und als Bestandteil der proletarischen Weltrevolution, als Teil der weltweiten Revolution zum Sturz des Imperialismus und zur

Errichtung der Arbeitermacht. Freilich wird dies in anderen Formen und mit anderen Etappen vor sich gehen als in entwickelten kapitalistischen Ländern oder in Ländern auf mittlerer kapitalistischer Entwicklungsstufen. Der nächste Inhalt ihrer Revolutionen ist: Zerschlagung des Einflusses des Imperialismus, Niederschlagung der Kompradoren- und reaktionär-antinationalen einheimischen Bourgeoisie und der Übergang zur Volksdemokratie.

Das Maximalprogramm kann nur noch lauten: Aufhebung aller Klassen, die kommunistische, die klassenlose Gesellschaft.

Der Weg ihrer Revolutionen ist die Volksrevolution in Form des volksdemokratischen Umsturzes, der ausgebaut und vorangetrieben wird zur Diktatur des Proletariats, im gegebenen Fall der Arbeiter und Bauern (Fellachen).

Der Schritt von der Revolte zur Volksrevolution ist in den Ländern des arabischen Raums noch nicht sichtbar. Wie alle Revolutionen des 20. und 21. Jahrhunderts benötigt er die Führung durch die bis zum Ende revolutionäre Klasse, die Arbeiterklasse. Die ist in diesen Ländern sehr schwach, und sie ist noch nicht revolutionär organisiert. Und dennoch ändert dies nichts daran, dass die Revolten der proletarischen Weltrevolution helfen. Sie schwächen den Imperialismus. Man sehe sich nur die lavierende Ratlosigkeit der Imperialisten und die Widersprüche zwischen ihnen an.

Ihre alten Stützpfiler in Nordafrika und im Nahen Osten wanken, ihre alten Statthalter werden verjagt. Der französische Imperialismus, der so sehr auf eine von ihm beherrschte "Mittelmeerunion" als Gegengewicht gegen die Vorherrschaft des deutschen Imperialismus in Osteuropa gesetzt hatte, steht vor den Trümmern seines Plans.

Der US-Imperialismus kann seine Satrapen in der Region, die er jahrzehntelang gepöppelt, mit Waffen gegen die arabischen Völker versorgt und ausgehalten hat, immer weniger stützen.

Die Herrschenden Israels sehen in den Volksaufständen und Revolten in den einzelnen arabischen Ländern wie insbesondere in dem, was sie hervorbringen werden an neuen Regierungen von Despoten und Militär, eine große Gefahr gegen ihr Land. Bezeichnend ist der Ausspruch eines israelischen Diplomaten, den das "Handelsblatt" am 8.2.2011 bringt: "Uns sind diktatorische Freunde lieber als demokratische Feinde."

Die Völkerfreundschaft im arabischen Raum, die Klasseneinheit der arabischen, palästinensischen, israelischen Arbeiter, die gemeinsamen Interessen der Bauern in Israel und den arabischen Ländern - das war für sie nie der Garant für die Existenz des Staates Israel. Der Garant war für sie immer die

unbedingte Unterstützung durch den US-Imperialismus als seiner Speerspitze in der Region und die teils offene, teils verdeckte Kumpanei mit den reaktionär-despotischen arabischen Regimes. Beides aber ist gefährdet durch die Volksrevolten und die Wut auf die Despoten.

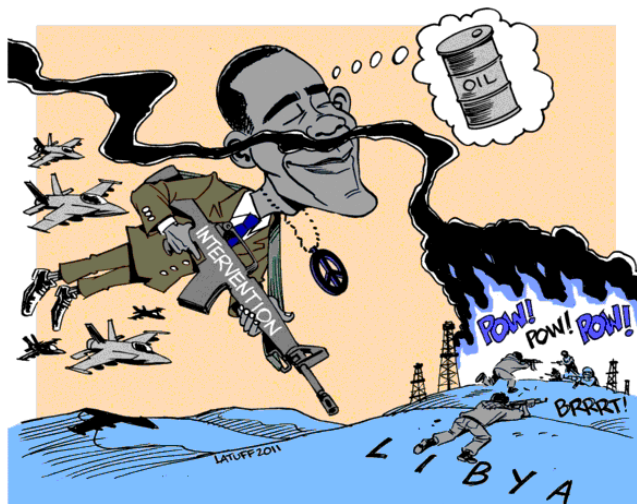
Es sind nicht "islamistische Fundamentalisten", die die "Stabilität und die Demokratie" in der Region bedrohen. Hier wird kein "Heiliger Krieg" des Islam geführt. Ob der so genannte Djihad in Afghanistan, ob der so genannte Djihad in Pakistan, der so genannte Djihad im Irak - er ist Produkt der Organisierung, Finanzierung und des direkten Einflusses des Imperialismus. Er ist weiter ein Produkt der Despoten dieser Länder selbst, die mit Hilfe des Imperialismus sich seit Jahrzehnten an der Macht halten. Und er ist Ausdruck von tiefem Nationalismus in arabischen Ländern.

Die Revolten der arabischen Völker sind noch führungslos. Die Herrschercliquen verhandeln mit ihnen aus keinem anderen Zweck als dem, die nächste Reihe von Despoten an die Macht zu bringen. Sie wollen die Zustimmung der Beherrschten zum Fortgang der Unterdrückung. Sie werden zeitweise Erfolg haben. Die Revolte wird ins Stocken geraten. Sie wird grausamgründlich ihre Halbheiten und Unzulänglichkeiten kritisieren. Und sie wird immer wieder aufflammen. Bis sie sich die Führung und die Klarheit geschaffen hat, die Bewegung der Völker des arabischen Raums auch subjektiv und bewusst in die Reihen der sozialistischen Weltrevolution zu stellen.

Und bis - dies vor allem - die Arbeiter im Herzen der imperialistischen Bestie jeglichen Nationalismus und Chauvinismus, jegliches Versöhnertum abgeschüttelt haben, die Arbeiterbewegung der imperialistischen Länder selbst zur revolutionären Lokomotive der weltweiten proletarischen Revolution wird.



EU und USA - Hände weg von Nordafrika und dem Nahen Osten! Solidarität mit dem **Kampf des libyschen Volkes** gegen die Gaddafi-Diktatur



Die libysche Bevölkerung, die sich gegen Gaddafi erhoben hat, steht jetzt einer entfesselten mörderischen Gewalt gegenüber. Der Diktator, den die Angst gepackt hat, möchte die Revolte in einem Blutbad ertränken.

Unsere ganze Solidarität gilt dem libyschen Volk, um den Diktator davon zu jagen und um Freiheit und Demokratie zu erobern.

Das sind aber nicht die Ziele der Beschlüsse und des Militärbündnisses unter Führung der USA, Frankreichs und Englands.

Mit arabischen Despoten gegen Gaddafi

Der Einsatz militärischer Mittel seitens der "Westlichen Wertegemeinschaft" soll in enger Kooperation mit den Staaten der Arabischen Liga stattfinden. Ausgerechnet in den despotischen Staaten des Golfkooperationsrats (GCC) sucht der Westen seine Hilfstruppen. Mit Duldung der USA sind die Truppen des GCC seit ein paar Wochen darum bemüht, den demokratischen Volksaufstand in Bahrain mit vereinten Kräften niederzuschlagen. Diesem Golf-Kooperationsrat gehören Bahrain, Katar, Kuwait, Oman, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate an - alles Staaten, die ihren Bürgern elementare demokratische Rechte vorenthalten.

In Tunesien, Ägypten, Syrien, Jemen, Algerien, Marokko, Oman, Saudi Arabien fanden und finden Volksaufstände statt

Die imperialistischen Grossmächte wollen die

Gelegenheit nutzen, um zu versuchen, die ölreiche Region wieder in den Griff zu bekommen.

Kann man den imperialistischen Regierungen abnehmen, dass ihr aufrichtig an Humanität gelegen ist, nachdem sie in den letzten drei Monaten keinerlei Solidarität mit den Volkserhebungen und im Gang befindlichen Revolutionen in den Ländern des Maghreb und des Maschrek gezeigt haben?

Wie könnte man ein halbes Jahrhundert der Unterstützung der Großmächte für die blutigsten Diktaturen vergessen?

Von Kosova über Afghanistan bis zum Irak - die Liste der imperialistischen Interventionen unter humanitären Vorwänden ist lang.

Die Militärische Intervention zielt auf die Kontrolle der Region ab Sie bedeutet eine Einmischung in die laufenden revolutionären Prozesse mit dem Ziel, die alten Herrschaftsverhältnisse ohne den Diktator Gaddafi und damit die Kontrolle über die Reichtümer des Landes zu sichern. Die Aufständischen haben zu Beginn der Kämpfe immer wieder betont, daß sie keine Unterstützung von außen brauchen, um den Gaddafi-Clan zu vertreiben – lediglich um die Einrichtung einer Flugverbotszone haben sie - wenn die bürgerliche Berichterstattung stimmt - gebeten. Was jetzt jedoch stattfindet, ist ein offener Angriffskrieg der NATO und der EU gegen den Staat Libyen mit dem "Kollateralschaden" Zivilbevölkerung.

<http://www.arbeit-zukunft.de/index.php?itemid=1666>

Erklärung der PCOF zu Libyen: Wir sind gegen eine internationale Militärintervention!

Nach einigen Tagen des massiven Drucks durch die französische und großbritannische Regierung mit Unterstützung aus Washington, hat der Sicherheitsrat eine Resolution beschlossen, die eine Militärintervention gegen die militärischen Kräfte Libyens gestattet.

Diese Resolution wurde zu 15. beschlossen mit der Enthaltung der Vertreter Chinas, Russlands, Indiens und Deutschlands. Also entscheiden zehn Regierungsvertreter, einen indirekten Krieg gegen ein Regime anzufangen, das sie bis vor Kurzem unterstützt haben, das sie hofiert haben, um ihm Waffen zu liefern und um Zugang zum Erdöl zu haben.

Das vorgebrachte Argument, die Verteidigung der Zivilisten, ist nichts Neues; seit dem Krieg auf dem Balkan, seit den Kriegen gegen Irak und Afghanistan, wurden alle unter diesem Alibi geführt.

Aber die wirklichen Ziele dieser Krieg waren die Kontrolle über strategische Zonen, vor allem wenn sie Gas- und Erdölquellen enthalten, wenn es Durchgangsgebiete für Pipelines sind.

Durch das Scheitern des Irak- und des Afghanistan-Krieges klug geworden, bestehen Obama und die anderen auf dem begrenzten Charakter der Militärintervention. Sie schließen im Augenblick jede Operation auf libyschem Territorium aus. Sarkozy und Cameron ihrerseits verbergen ihre Absicht, das Regime zum Sturz zu bringen, bereit, die Aufständischen anzustacheln, sich gegen die Kräfte, die Gaddafi treu geblieben sind, in Kämpfe zu stürzen.

Sie schieben auch die Unterstützung der arabischen Liga vor, die des Sekretärs der Islamischen Konferenz, in dem Versuch, die Beschuldigungen einer Militäroperation des Westens gegen ein arabisches Land zu zerstreuen.

Mit diesen Unterstützern gewappnet will Sarkozy seine Politik gegenüber Ben Ali und Mubarak vergessen lassen. Er hofft auch, sich für die künftigen Märkte zu positionieren, insbesondere den Erdölmarkt. Ein Teil des libyschen Volkes hat sich, ermutigt durch die Volksaufstände in den arabi-

schen Ländern, durch die tunesische Revolution, erhoben. Die Aufständischen haben versucht, das Regime Gaddafis zu stürzen, aber dieser hat die ganze Macht seiner Armee, der Söldner genutzt, um die Revolte niederzuschlagen und die aufständischen Städte eine nach der andern zurück zu erobern.

In dieser Situation hat ein Teil der Aufständischen seine Hoffnung auf eine ausländische Militärintervention gesetzt, welche die libysche Armee zerstören sollte. Aber die imperialistischen Mächte, ihre Armeen und ihre Bomben sind nicht ihre Verbündeten und streben nur danach, die Kontrolle über die Reichtümer des Landes, vor allem das Erdöl, zu erlangen und einen Brückenkopf in dieser Region zu errichten, in der der Wind des Aufstands und der Revolution weht. Im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise, der verschärften Konkurrenz um die Kontrolle über die Bodenschätze und die Energiequellen, wollen die imperialistischen Mächte Schluss machen mit dem Protest des Volkes im Maghreb und im Mittleren Osten, der objektiv ihre Interessen bedroht.

Der Beweis dafür besteht in ihrer Unterstützung für die Erdöl-Monarchien, allen voran Saudi-Arabien, wenn sie die Volksbewegungen im Jemen und in Bahrein etc. blutig unterdrücken.

Die tiefen Umwälzungen, die in diesem Teil der Welt stattfinden, die vor allem eine Tat der Völker sind, die sich gegen die autoritären und korrupten Regimes, gegen die schreienden sozialen Ungerechtigkeiten erheben, erschüttern die Positionen der imperialistischen Mächte und ihrer Verbündeten.

Deshalb müssen wir die Versuche der imperialistischen Mächte, diese Bestrebungen zu ersticken, anprangern und bekämpfen und die Solidarität mit dem Kampf der Völker dieser Regionen entwickeln. Deshalb sind wir strikt gegen die Intervention imperialistischer Mächte gegen Libyen.

Paris, den 18. März 2011

Kommunistische Arbeiterpartei Frankreichs (PCOF)

<http://www.arbeit-zukunft.de/index.php?itemid=1660>

Nordafrika und Naher Osten - US-Imperialismus und EU stützen Konterrevolution

Freitag, 4. März 2011

Erst Tunesien, dann Ägypten, nun Libyen. In Algerien werden vom Regime, das von Frankreich, Deutschland und den USA massiv gestützt wird, Proteste im Keim erstickt und niedergeknüppelt. In Marokko, das ebenfalls eng mit den westlichen imperialistischen Staaten verbunden ist, kämpft die Monarchie wie auch in Jordanien ums Überleben. Die Revolution in den arabischen Ländern geht weiter und breitet sich wie ein Lauffeuer aus. Die Diktatoren und ihre Hintermänner in der EU und den USA haben Angst und mobilisieren alle konterrevolutionären Kräfte.

Jahrzehntelang wurden in dieser Region von den imperialistischen Mächten wie USA und EU blutrünstige Diktatoren gefördert und unterstützt. Ja diese Verbrecher wurden sogar als "fortschrittlich" gefeiert oder waren wie Ben Ali aus Tunesien Mitglied der so genannten "Sozialistischen Internationale" (also Bruderpartei der SPD). Ben Ali erhielt Rüstung und Hilfe aus der EU. Die französische Außenministerin Michèle Alliot-Marie bot noch dem bereits fallenden Regime Ben Alis Polizeihilfe an. Flugzeuge, beladen mit Tränengas, standen bereit. Die Diktatur von Mubarak erhielt milliardenschwere Militärhilfe aus den USA. Wie jetzt der US-Generalstabschef Michael Mullen erklärte, werden die ägyptischen Offiziere in den USA ausgebildet. Man habe daher "engen Kontakt".

Diese Mörder und Kriminellen waren recht, weil sie das Volk unterdrückten und ihre Länder für die Ausbeutung und Ausplünderung durch die Imperialisten zur Verfügung stellten. Ob Plünderung der Rohstoffe wie Öl, Erze oder Ausplünderung der Menschen, die wie in Ägypten für rund 30 Euro im Monat schufteten mussten, dem Imperialismus verschaffte dies riesige Extraprofite. Während Ägypten, Tunesien und viele Staaten dieser Region dank dieser Billigstlöhne massenweise Agrarprodukte wie Tomaten, Zitrusfrüchte für Aldi, LIDL, Edeka und Co. zu Niedrigstpreisen exportierten, hungern die Familien der Landarbeiter, die diese Reichtümer erst möglich machen. Dabei fielen auch noch billige Urlaubsreisen ab, mit denen die Menschen in den imperialistischen Kernländern bestochen werden konnten.

Weltwirtschaftskrise = brutale Verarmung

Mit der Weltwirtschaftskrise wurde dieses Ausplün-

derungsprogramm durch die Imperialisten verschärft. Um ihre Profite zu retten, wurden nicht nur in den imperialistischen Kernländern die Löhne gesenkt, die Arbeitszeiten und die Arbeitshetze hochgefahren, Sozialleistungen drastisch gekürzt und öffentliche Sektoren wie Gesundheit und Bildung zunehmend privatisiert. Was in Deutschland Hartz IV, Leiharbeit, 1-Euro-Job bedeutet, das bedeutet in Ländern wie Ägypten eine dramatische Verschärfung des Hungerkurses, radikale Verelendung der Massen, selbst der kleinen Selbstständigen, der Mittelschicht, der Intelligenz.

Wer sieht, wie das Finanzkapital selbst in einem Industrieland wie Griechenland dem Staat regelrecht diktiert, was er zu tun oder zu lassen hat, kann sich vielleicht vorstellen, wie Weltbank, Internationaler Währungsfond, USA und EU in Ländern wie Tunesien und Ägypten gewütet haben. Hinzukam, dass das Kapital in der Krise neue Wege für Spekulation suchte. Wie können wir schnell Kasse machen und aus Geld mehr Geld machen. Die Jagd nach Höchstprofit hörte nicht etwa auf, sondern ging unter verschärften Bedingungen weiter. So fanden die "Anleger", die Spekulanten gefallen an Spekulationen in Rohstoffen und Nahrungsmitteln. Die Folge: Die Preise für Nahrungsmittel explodierten. In manchen Ländern verdoppelte sich der Preis für Weizen oder Reis, lebenswichtige Grundnahrungsmittel innerhalb weniger Monate. Zugleich wurde im Rahmen der "Haushaltssanierung" die "Nahrungsmittelhilfe" der reichen, imperialistischen Länder radikal gekürzt.

Das kapitalistische System stürzt die Menschen weltweit immer mehr in Armut, Elend und Verzweiflung. Zugleich steigen Wut und Kampfbereitschaft. Die Menschen haben nichts zu verlieren als ihre Ketten!

Die Revolution in Tunesien und nun auch in Ägypten ist vollauf berechtigt. Die Menschen spüren ihre Kraft. Sie entdecken, dass ohne sie nichts geht. Für die Imperialisten und ihre Diktatoren ist das brandgefährlich. Denn nichts fürchten sie mehr, als dass die Menschen ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen.

Gefährlich ist das für die gesamte imperialistische Herrschaft in der Region. Diese konnte nur mit Diktatoren funktionieren, die still hielten bei der Ausplünderung ihrer Völker und Länder und dabei selbst

zu Milliarden wurden. Diese Diktatoren waren und sind willfährige Werkzeuge für die Politik der USA im ganzen Nahen Osten und gegenüber dem aggressiven, rassistischen Staat Israel. Mubarak half aktiv mit, die israelische Hungerblockade gegen den Gaza-Streifen umzusetzen. Jordanien unterstützt Israel bei der Niederhaltung der Palästinenser. Sie helfen mit, den Kampf des palästinensischen Volkes für Freiheit, Gerechtigkeit und palästinensischen Staat zu sabotieren. Nur mit dieser Spaltung, Zersetzung und Diktatur konnten die USA und die EU diese öl- und rohstoffreiche Region kontrollieren. Wenn nun durch den Aufstand der Massen immer mehr Diktatoren ins Wanken geraten, dann gerät auch die Herrschaft der imperialistischen Mächte ins Wanken. Das gesamte imperialistische System von Ausbeutung und Unterdrückung ist wacklig und verrotten.

Waffen und Militärhilfe für die Diktatoren

Gerade weil die Situation für die imperialistischen Staaten so brandgefährlich ist, entfalten sie hektische Aktivitäten. Obama schickt "Sonderbotschafter" in die Region. Die amerikanischen Botschafter organisieren überall in Panik und Eile "demokratische" Kräfte, die bereit sind, unter einer neuen Fassade ihre Länder weiterhin an die Großmächte zu verkaufen. BRD-Außenminister Westerwelle tourt durch die Länder und organisiert Finanzspritzen, um die wankenden Regime zu stabilisieren und den Austausch der Spitzen mit zu organisieren. Die Heuchelei ist offensichtlich. Denn es gibt eine lange Tradition der blutigen Zusammenarbeit. Pro Asyl entlarvt in einer Presseerklärung die Unterstützung von Libyen:

"Bezeichnenderweise begann die Kooperation im Jahre 2004 mit der Lieferung von u.a. tausend Leichensäcken (EU 2004: S.60). Zugleich begann der Einstieg in Schulungen für libysche Polizisten (EU 2004: S.63)."

Die Schulung der ägyptischen Polizisten erfolgte übrigens durch Deutschland. IMI, die Informationsstelle Militarisation, erklärt:

"Zwischen 2005 und 2009 erhielt Ägypten (ebenso wie Algerien, Tunesien, Jordanien und der Jemen) 'Ausstattungshilfe in Form von Führungs- und Einsatzmitteln, Kriminaltechnik, Kraftfahrzeugen sowie IT-Technik und Büroausstattung'."

Die Wasserwerfer, die Ägyptens Diktator Mubarak gegen sein Volk einsetzte, kamen aus Deutschland. 186 Offiziere aus Ägypten sowie viele aus Jordanien, Algerien, Tunesien nahmen an Ausbildungslehrgängen der Bundeswehr teil. Die Waffenexporte aus Deutschland nach Ägypten haben sich nach Angaben von IMI zwischen 2008 und 2009 auf mittlerweile 77 Mio. Euro verdoppelt. So erhielt die ägyptische Poli-

zei unter anderem die Maschinenpistolen, mit denen sie jetzt zahlreiche Menschen ermordete und verwundete.

Imperialistische Einmischung

Bezeichnend für die Taktik der imperialistischen Staaten, mit der sie das Feuer der Revolution austreten wollen, ist, dass sie vor allem auf das Militär setzen. In Tunesien und Ägypten haben sie das Militär als scheinbar "neutrale" Macht auftreten lassen. In beiden Fällen sah das Militär passiv zu, als die Menschen von der Polizei und den Terrorbanden der Diktatoren ermordet wurden. In beiden Fällen trat das Militär als Garant von "Ruhe und Ordnung" in Aktion, als die revolutionären Kräfte kurz vor dem Sieg standen. In beiden Fällen sorgte das Militär für den Abgang der Diktatoren und für den Erhalt des alten Staates mit seinen korrupten Beamten und seinem blutigen Gewaltapparat. Und während man von Demokratie redet, wird dieser Gewaltapparat wie in Tunesien wieder gegen das Volk eingesetzt. Dort wurden Ende Februar wieder 3 Jugendliche von der brutalen Polizei ermordet.

Bezeichnend ist auch die zynische Doppelmoral der imperialistischen Mächte, während sie sich bei dem blutigen Diktator Mubarak lange Zeit dafür einsetzten, dass er an der Macht bleibt, während sie bei Mubarak und Ben Ali auf jede Verfolgung verzichteten und diesen einen gemütlichen Ruhestand im Luxus gewähren, wollen sie Libyens Gaddafi vor den Menschenrechtsgerichtshof bringen und verhängen ein Embargo. Wir sind froh, wenn das Volk in Libyen siegt. Aber der Imperialismus behandelt Gaddafi mit Hass und Wut, weil dieser eine Zeit lang gegen den Imperialismus handelte, indem er z. B. Die Ölförderung verstaatlichte. So etwas verzeiht das Kapital nie. Auch wenn Gaddafi später wieder die Zusammenarbeit mit diesen Herren suchte und ein guter Freund des kleinen Diktators Berlusconi wurde, so verliert er in seinem Fall seine "Freunde".

Die Einmischung der Großmächte muss beendet werden. Sie ist zum Schaden der Arbeiterklasse in den imperialistischen Staaten genauso wie zum Schaden der Völker in den unterdrückten Ländern. Es sind dieselben Herrschaften, die uns Hartz IV, Billiglöhne, Minijobs, Sozialabbau bringe, die den Menschen in den unterdrückten Ländern Ausplünderung und Hunger bringen. Alles für ihre Profite und Extraprofite!

Solidarität mit dem Kampf der Völker für Arbeit, Brot, Freiheit!

EU und USA - Hände weg von Nordafrika und vom Nahen Osten!

20.03.2011

“Wir haben einen Diktator besiegt, aber noch nicht die Diktatur”

Interview mit dem Sprecher der Kommunistischen Arbeiterpartei Tunesiens (PCOT),
Hamma Hammami.

Baudouin Deckers: *Die Revolutionen und großen Kundgebungen in der arabischen Welt lassen einen Wind des Optimismus in der ganzen Welt aufkommen. Was bedeutet für Sie diese Bewegung, die in Ihrem Land den Anfang genommen hat?*

Hamma Hammami: Das ist eine große Revolution, auf der Ebene der arabischen Länder wie anderer Länder unserer Region. Andere Völker können aus dieser Revolution gewisse Lehren ziehen. Zunächst: das tunesische Volk hat diese Revolution gemacht, indem es sich auf seine eigenen Kräfte stützte. In vielen arabischen Ländern gaben Leute vor, dass man nicht Revolution machen könne gegen Diktaturen wie die von Ben Ali ohne die Unterstützung Frankreichs, der USA oder anderer ausländischer Kräfte. Unser Volk hat gezeigt, dass man, indem man sich auf seine eigenen Kräfte stützt, einen Diktator wie Ben Ali mit einem gigantischen Sicherheitsapparat stürzen kann. Sodann: das tunesische Volk hat diese Revolution in einer fast totalen Einheit gemacht. Mehr als einen Monat lang hat man kein einziges Wort religiöser Natur gehört, das das tunesische Volk hätte spalten können. Das tunesische Volk hat sich vereinigt für seine demokratischen, wirtschaftlichen und sozialen Anliegen.

Für Sie ist diese Revolution noch nicht zu Ende. Warum?

Die Revolution ist noch immer im Gang. Sie hat ihre demokratischen und sozialen Ziele noch nicht wirklich erreicht. Sie hat einen Diktator besiegt, aber sie hat die Diktatur noch nicht besiegt.

Die politische Polizei, die Hauptsäule der Diktatur, ist noch immer da und übrigens sehr aktiv. Das Parlament ist noch immer da. Das ist ein Scheinparlament, denn man brauchte die Zustimmung von Ben Ali, um darin zu sitzen. Der Interimspräsident ist ein Mitglied der Partei von Ben Ali, ihm sehr nahe stehend. Die Regierung wird immer noch geleitet durch den Premierminister von Ben Ali, Mohammed Ghannouchi, und seine Minister kommen aus der gleichen Umgebung. *(In der Zwi-*

schenszeit ist Ghannouchi am 27.2. nach neuen großen Protestaktionen abgelöst und durch den 84-jährigen Beji Caïd Essebsi, ehemaliger Außenminister vor Ben Alis Machtantritt, ersetzt worden. Interimspräsident Mebazaa hat für den 24. Juli die Wahl einer Verfassungsgebenden Versammlung angesetzt, die eine neue Verfassung erarbeiten soll.) Die korrumpierten Inhaber hochrangiger Staatsämter sind noch immer auf ihren Posten. Die Verfassung hat die Diktatur möglich gemacht; sie ist noch immer unverändert. Die Diktatur hat unzählige antidemokratische und antisoziale Gesetze erlassen, um sich zu schützen, und sie sind noch in Kraft. In den Händen der gegenwärtigen Regierung können alle diese Gesetze und Institutionen aufs Neue gegen das Volk genutzt werden. Das Regime von Ben Ali ist also noch immer am Platz.

Deshalb geht die Volksbewegung weiter trotz der Versprechen der gegenwärtigen Regierung. Sie fordert die Auflösung der gegenwärtigen Regierung. Sie lehnt die "umgebildete" Regierung, die man jetzt hat, ab. Die ehemalige Partei an der Macht, die RCD, muss tatsächlich aufgelöst werden.

Nein, man kann also nicht sagen, dass die Revolution beendet sei. Sie hat die reaktionären Kräfte noch nicht besiegt. Sie sind noch immer da, aber geschwächt. Man muss diese Revolution fortsetzen mit großer Entschlossenheit, aber auch mit viel taktischem Fingerspitzengefühl, um die Einheit des tunesischen Volkes zu bewahren und nicht in Spaltungen zu verfallen, die sehr negative Auswirkungen auf den weiteren Gang dieser Revolution haben könnten, die die Völker der arabischen Welt mit viel Hoffnung betrachten.

Manche stellen die Revolution in Tunesien als ein spontanes Ereignis dar...Das ist falsch. Sie sagen das, um die Rolle der revolutionären und progressiven Kräfte während der letzten Jahre in der Opposition zu diskreditieren und zu leugnen. Das ist auch eine Methode, um zu sagen, dass ein Ausgang für diese Revolution mit der ehemaligen Par-

tei an der Macht gesucht werden muss, dass die traditionellen Politiker gezwungen seien, die Leitung einer Bewegung wieder zu übernehmen, die keine hat. Diese Bewegung war nur spontan in dem Maße, als sie nicht auf der nationalen Ebene organisiert war. Es gab keine einheitliche Leitung, kein gemeinsames Programm. Aber das bedeutet nicht Mangel an Bewusstsein und Fehlen von Organisation.

Das Bewusstsein ist da, denn die Akteure dieser Bewegung sind vor allem Aktivisten der Linken, Fortschrittskräfte, Gewerkschafter, Kämpfer für die Menschenrechte. Das sind junge akademisch ausgebildete Arbeitslose, die zur Studentenbewegung gehören. Unsere Partei ist da, unsere Kräfte sind präsent. Die Islamisten dagegen waren nicht wirklich beteiligt. Deshalb gab es in dieser Revolution keine religiösen Parolen. Selbst wenn die Islamisten die Bewegung politisch unterstützt haben.

Auf der organisatorischen Ebene haben sich die Aktiven sehr schnell in Komitees organisiert. Vom ersten Tag dieser Revolution an gab es in manchen Orten eine Leere an realer Macht. Gemeinsam mit den Demokraten haben wir die Leute dazu aufgerufen, sich zu organisieren. Das haben sie getan in den Ortschaften und in den Regionen, manchmal in Versammlungen, die sich "Volksversammlungen" oder "Versammlungen zur Rettung der Revolution" nannten, manchmal in Volkskomitees oder in Ligen, das ist unterschiedlich. Hier in Tunis haben sie die Leute in Volkskomitees oder Stadtteilkomitees organisiert. Sie haben ihre Führer gewählt unter den im Lauf dieser Revolution am aktivsten tätigen Mitkämpfern. Die Strukturierung ist noch schwach und embryonal. Es gibt noch keine wirkliche Zentralisierung auf nationaler Ebene. Aber Schritt für Schritt haben sich diese Komitees verwandelt in Komitees, die über die Situation und die Zukunft diskutieren, über das, was die Bevölkerung tun kann.

Die Front des 14. Januar hat sich vor einigen Wochen gebildet. Wer ist darin zu finden? Was ist ihr Programm oder was fordert sie?

Auf politischer Ebene ist die Linke dazu gekommen, sich in einer Front zu sammeln, die sich "Front des 14. Januar" nennt unter Bezugnahme auf den Tag der Flucht von Ben Ali. Die Linke hat ein unübersehbares Gewicht in unserem Land. Sei es auf politischer oder gewerkschaftlicher Ebene, auf der Ebene der Jugend oder der Frauenbewegung, auf der Ebene der Menschenrechte oder der

kulturellen Bewegung. Diese Front hat sich um populäre Losungen und Forderungen zusammengeschlossen. Man findet darunter die Forderung nach Auflösung der Regierung, Auflösung der bisherigen Partei an der Macht. Die Front fordert auch die Bildung einer provisorischen Regierung, die aus Kräften gebildet wird, die nicht mit dem Regime von Ben Ali, seiner Partei und der Diktatur zu tun gehabt haben.

Diese provisorische Regierung soll als wesentliche Aufgabe die Vorbereitung von Wahlen zu einer Verfassunggebenden Versammlung haben. Diese müsste dann die Verfassung, die Institutionen, die Grundgesetze einer Demokratischen Volksrepublik abfassen, die das tunesische Volk will.

Wir sind auch vereinigt um eine wirtschaftliche und soziale Plattform, denn wir sind der Meinung, dass die Diktatur verbunden war mit einer ökonomischen und sozialen Basis, mit einer Kompradorenbourgeoisie, die Tunesien ausplünderte in Kollaboration mit französischen, italienischen, spanischen, portugiesischen, belgischen Gesellschaften und Unternehmen. Wir wollen nicht nur eine politische Demokratie, sondern auch eine soziale Demokratie, weil wir der Ansicht sind, dass die gegenwärtige Revolution eine demokratische und nationale Revolution ist, eine Volksrevolution, die grundlegende Veränderungen für die ganze tunesische Gesellschaft in der Zukunft vorbereiten muss. Die Front des 14. Januar hat am 12. Februar ihre erste große öffentliche Versammlung im Kongresspalast von Tunis abgehalten. Mit einem großen Erfolg, der unsere Erwartungen bei weitem übertraf. Die Mobilisierung hat nur drei bis vier Tage in Anspruch genommen. Mehr als 8000 Menschen waren zusammengekommen, viele konnten nicht mehr hinein. Ein bislang einmaliges Ereignis.

Am 11. Februar hat sich ein noch viel breiteres Komitee gebildet.

Ja, eine Versammlung am Sitz des Nationalrats der Anwälte hat die Vertreter von 28 Organisationen zusammengeführt. Fast die gesamte Opposition gegen Ben Ali, mit Ausnahme von zwei Parteien, die in die Regierung Ghannouchi eingetreten waren. Außer den zehn Organisationen der Front des 14. Januar waren das die einheitliche Gewerkschaftszentrale UGTT, die islamistische Partei Ennadha, die Vereinigungen der Anwälte, der Schriftsteller, der Journalisten, die tunesische Studentenunion und noch andere. Alle sind einverstanden mit Vorschlägen bezüglich der Gründung eines "Nationalrats zur Bewahrung der Revolu-

tion". Die Plattform geht nicht so weit wie die Front des 14. Januar, da sie nicht die Auflösung dieser Regierung verlangt. Einige Kräfte wie die UGTT haben diese Regierung akzeptiert. Aber die 28 Unterzeichner fordern, dass dieser "Nationalrat" Entscheidungsbefugnis haben soll bezüglich aller Gesetze und Maßnahmen in Vorbereitung der Neuwahlen, um zu garantieren, dass diese wirklich demokratisch sind und in völliger Freiheit stattfinden. Sie verlangen auch das Recht der Überwachung aller Entscheidungen der Regierung und die Verpflichtung, alle Ernennungen in hohe Ämter dem Nationalrat zur Billigung vorzulegen. Die Unterzeichner rufen die Bevölkerung aller Regionen und Ortschaften dazu auf, Komitees zur Bewahrung der Revolution zu bilden und die UGTT stellt ihnen dafür alle ihre Büros zur Verfügung. Diese Komitees werden im Nationalrat vertreten sein.

Sie sammeln da die verschiedenen Klassen und Schichten der Bevölkerung, die in Opposition zur Diktatur waren und sind. Dieses Vorgehen entspricht dem Charakter dieser Revolution, den sie als national und demokratisch bezeichnen. Warum? Seit Hannibal (ehemaliger Heerführer von Karthago in der Antike) hat dieses Land niemals Demokratie gekannt. Weder die Bauern noch die kleinen Geschäftsleute noch die Handwerker oder die kleinen Produzenten, weder die Professoren noch die Lehrer. Alle sehnen sich vor allem nach Demokratie, zusammen mit den Arbeitern. Dessen muss man sich bewusst sein. Wir versuchen, das Volk um eine einige Aufgabe zu sammeln: mit der Diktatur Schluss machen. Wir versuchen, jede Differenz unter den Volkskräften zu vermeiden, die von der Reaktion ausgenutzt werden könnte. Man hat sich mit den Islamisten und mit den anderen Kräften geeinigt, um diese Einheit des tunesischen Volkes beizubehalten und nicht in Parteikämpfe zu verfallen.

Aber diese Revolution ist auch eine nationale. Die Leute nehmen wahr, dass die korrumpierte bourgeoise Elite Kompradorencharakter hatte, die unser Land ausplündert für den Profit von ausländischen Gesellschaften. Diese sind darauf aus, billig zu produzieren, um diese Produkte auf ihre Märkte zu exportieren, nicht um die Bedürfnisse der tunesischen Gesellschaft zu befriedigen. Die Einmischung der europäischen und amerikanischen Mächte kommt unter anderem daher, dass sie um jeden Preis ihre multinationalen Firmen schützen wollen. Wir brauchen einen Plan für die

Industrialisierung in Abhängigkeit von den Bedürfnissen unseres Volkes. Das ist es, was die Leute verlangen. Die Front des 14. Januar fordert den Aufbau einer nationalen Wirtschaft im Dienst des Volkes, wo die lebenswichtigen und strategischen Sektoren unter der Aufsicht des Staates stehen.

Sie sind Sprecher einer Kommunistischen Partei. Was ist mit einer sozialistischen Perspektive in Tunesien?

Eine sozialistische Revolution ist heute nicht auf der Tagesordnung. Ja, als Marxisten sind wir der Meinung, dass letztlich zum Sozialismus übergegangen werden muss. Das wird notwendig sein, um nicht in das Netz des Weltkapitalismus eingefangen zu werden, das von den großen amerikanischen und anderen Multis aufgespannt ist. Das wird auch die einzige Art sein, der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ende zu machen. Aber diese Art, die Dinge zu sehen, wird hier noch nicht in breitem Ausmaß geteilt. Wir können nicht zu schnell vorangehen.

Es muss das politische Kräfteverhältnis berücksichtigt werden. Die Arbeiterklasse ist hinsichtlich Bewusstseinsentwicklung und Organisation im Rückstand. Die kommunistische Bewegung ist noch ziemlich schwach in unserem Land, selbst wenn sie gut vorankommt. Die anderen Klassen sind ziemlich präsent durch Vermittlung des liberalen Lagers, des islamistischen Lagers. Man darf also keine Fehler begehen.

Mittels dieser Revolution können dennoch die ersten Ansatzpunkte des Sozialismus auf wirtschaftlichem Gebiet errichtet werden. So sind wir für die Nationalisierung der großen Unternehmen zum Wohl der Arbeiter. Wie oben gesagt, ergibt sich dies bereits zwingend vom Standpunkt der Wiederherstellung unserer Unabhängigkeit. Wir werden nicht nationalisieren, damit dies einer Staatsbourgeoisie zum Vorteil gereicht. Die Arbeiterklasse muss diese Unternehmen in einer demokratischen Weise leiten können.

Aber das gilt nicht für alle Wirtschaftssektoren. Wir würden die kleinen Geschäftsleute, die Handwerker, die kleinen Unternehmer von zahlreichen Betrieben, die unser Land aufweist, erschrecken, wir würden sie gegen die Revolution aufbringen. Und vor allem muss an die Bauern gedacht werden. Die Bauernschaft ist bei uns sehr verschiedenartig. Sie ist nicht organisiert und sie weist im allgemeinen einen sehr großen Rückstand bezüglich des Bewusstseins auf. Einige Regionen sind

weiter fortgeschritten, da, wo es Landarbeiter gibt, die manchmal arme Bauern geworden sind. Sie haben ein Stückchen Land erhalten, aber können es aus Mangel an Mitteln nicht bearbeiten. Diese werden die Kollektivierung selbst als einen positiven Ausweg ansehen. Aber es gibt auch Regionen, wo die Bauern seit Jahrzehnten das Land fordern, das große Kapitalisten ihnen weggenommen haben, das sie aber dennoch bearbeiten. Von Kollektivierung zu sprechen, das würde sie sofort an den Raub ihrer Ländereien im Lauf der 60er Jahre erinnern.

<http://www.rote-hilfe.de/static/news.php?a=87News>

Presseerklärung von ROTE HILFE.DE: Die Polizeien Europas als geheimdienstlich agierende politische Akteurinnen (Göttingen, 18.01.2011)

In den letzten Wochen hat ein verdeckter Ermittler europaweit für Aufsehen gesorgt: Mark Kennedy, ein Scotland-Yard-Beamter, der über neun Jahre hinweg in vielen europäischen Ländern linke Strukturen und Bewegungen ausgeforscht hat, war von linken AktivistInnen enttarnt worden.

Der Fall dieses britischen Polizisten, der nachweislich unter anderem in Großbritannien, Irland, Italien, Deutschland und Spanien an politischen Aktionen, linken Koordinations-Treffen und Schulungen widerständiger AktivistInnen teilgenommen hatte, weist Parallelen zum in jüngster Zeit aufgefliegenen verdeckten Ermittler des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg - Simon Bromma - auf, der in Heidelberg unter dem Tarnnamen "Simon Brenner" gelebt und ein ganzes politisches Milieu durchleuchtet hatte. (Die Rote Hilfe war bereits am 13.12.2010 mit einer Presseerklärung zu diesem Fall an die Öffentlichkeit gegangen.) Auch in Heidelberg hatte der LKA-Mann, dessen Einsatz nun auch offiziell vom baden-württembergischen Innenministerium eingeräumt wurde, private bis intime Beziehungen zu den Opfern seiner Spionagetätigkeit geknüpft, auch hier war er aktiv in Aktionen eingebunden, die von der Justiz als rechtswidrig eingestuft wurden - beispielsweise an der Organisation der Südblockade des jüngsten Castor-Transports. Und nicht zuletzt: Auch Bromma war international als Polizeispitzel und Agent Provocateur unterwegs,

Unserer Meinung nach wird man schrittweise und in verschiedener Art zum Sozialismus übergehen können, aber unter Beibehaltung der größtmöglichen Einheit des Volkes und in dem Maß, in dem seine Erfahrung es dazu führt, dessen Nützlichkeit und Notwendigkeit zu sehen. Es gibt kein einheitliches Schema. Aber es gibt ein einheitliches Ziel, den Sozialismus.

(Das Interview wurde von Baudouin Deckers von der Partei der Arbeit Belgiens (PTB) geführt.)

so z. B. beim No-Border-Camp in Brüssel.

Diese zunehmende Verwischung von polizeilicher und geheimdienstlicher Tätigkeit führt zu einer mehr als bedenklichen Positionierung der Polizeibehörden als politische Akteurinnen. Offensichtlich verbreitet sich in Europa zunehmend ein Selbstverständnis der Polizei, demzufolge sie sich zur Ausforschung, Einschüchterung, Verunsicherung und präventiven Kriminalisierung radikaler politischer Opposition berufen fühlt - und sich dabei in rechtlichen Grauzonen bewegt! Diese Rolle als selbstherrlich agierende Instanz zur grenzüberschreitenden Aufstandsbekämpfung scheint an keinerlei demokratische oder parlamentarische Kontrolle mehr gebunden zu sein.

Die Rote Hilfe fordert die Öffentlichkeit auf, sich überall gegen eine Polizei zur Wehr zu setzen, die mit Geheimdienstmethoden nach eigenem Gutdünken Aufstandsbekämpfung betreibt. Wir fordern die sofortige Offenlegung sämtlicher polizeilich-geheimdienstlicher Überwachungsmaßnahmen und den Abzug sämtlicher verdeckter ErmittlerInnen aus dem Umfeld linker Gruppen.

Mathias Krause für den Bundesvorstand der Roten Hilfe e.V.

Eine Woche inmitten der tunesischen Revolution

Montag, 21. März 2011 (*La Forge, März 2011*)

Frankreich. Die großen Volksbewegungen, die von Tunesien ausgegangen sind und die sich organisieren, um die Diktatoren in den arabischen Ländern davon zu jagen, haben einen revolutionären Wind angefacht, der mit Hoffnung für die arabischen Völker, aber auch die Völker der übrigen Welt, beladen ist. Unsere Jugenddelegation, die von der PCOF, der Kommunistischen Arbeiterpartei Frankreichs, geleitet wird, ist mit mehreren Zielen nach Tunesien gereist: die Solidarität und unsere Unterstützung für das tunesische Volk und seine Jugend zu übermitteln, aber auch, den revolutionären Prozess, der im Gange ist, besser zu verstehen durch die Begegnung mit Kämpfern, politischen, genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Akteuren. Das, was wir in Tunesien gesehen und gehört haben, stimmt nicht mit den Bildern und Kommentaren überein, welche die Massenmedien in Frankreich über die "weiche" Jasmin-Revolution verbreiten.

"Das ist eine spontane Revolution", "das ist eine Facebook-Revolution", "die Partei RCD an der Macht wurde mit Ben Ali verjagt", "die Demokratie ist endlich da", "die islamistische Gefahr, gegen die Ben Ali ein Bollwerk war, droht"... diese Kommentare gehören zu einer noch umfangreicheren Meinungsmache, welche die verschiedenen Medien in Frankreich verbreiteten und noch verbreiten.

Ein neues Gefühl der Freiheit.

Was unsere Delegation bei unserer Ankunft in Tunis frappt, ist das gewaltige Gefühl der Freiheit, die von den Tunesiern ausgeht. Zu glauben, dass die faschistische Diktatur Ben Alis komplett verschwunden sei, dass es sich um eine alte Geschichte handle, dass Ben Ali seit langem verschwunden sei, aber... es waren nur 3 Wochen! Unsere Treffen mit den Jugendlichen der UGET (Generalunion der tunesischen Studenten), mit Studenten, die politische Gefangene waren, mit Jugendlichen der UDC (Union der arbeitslosen Akademiker), mit Frauen der Frauenabteilung der UGIT (Generalunion der Arbeiter Tunesiens, die mitgliederstärkste Arbeitergewerkschaft), mit Mitgliedern der PCOT (Kommunistische Arbeiterpartei Tunesiens), Vertretern der Zivilgesellschaft (Rechtsanwälte und Mitglieder von Amnesty International) haben uns in die Realität zurückgeholt: der Diktator ist abgehauen, aber

die Diktatur besteht immer noch.

Tunesien unter Ben Ali

Diese Kämpfer, Frauen und Jugendlichen werden die Diktatur nie vergessen! Sie haben im Untergrund gekämpft, um der schweren Repression durch die politische Polizei, der Folter, den widerrechtlichen Prozessen, den physischen und psychischen Angriffen gegen ihre Familienmitglieder zu entgehen. Sie werden sich erinnern, wie schwierig es war, eine Studentenwohnung oder eine feste Arbeit zu bekommen, wenn man nicht der RCD, der Partei an der Macht, angehörte. Sein Recht, sich zu äußern oder sein Recht auf eine Meinung konnte zum Gefängnis führen, dazu, zusammen mit 80 anderen Gefangenen in eine Zelle mit nur 40 Liegen gesperrt zu werden. Die Zeit, als politische Polizei in Zivil die Handlungen und Gesten der Bevölkerung kontrollierte oder eine Zusammenkunft von Freunden in einem Café mit Schlagstöcken auseinandertrieb, wird nicht vergessen werden.

Das Regime Ben Alis hat die unteren Bevölkerungsschichten pausenlos drangsaliert. Er hat das Volk verarmen und verhungern lassen und es des Rechts auf Demonstration und Verteidigung beraubt. Damit diente er den Interessen einer mafiösen Minderheit, welche die Ressourcen und Reichtümer des Landes unter dem Schutz der Behörden, der Polizei und der Verwaltung ausplünderte. Die französischen und amerikanischen Imperialisten haben ausgiebig vom Zustand der Unterdrückung des Volkes profitiert. Es war viel leichter, nach Tunesien zu verlagern und eine gefügte, weil seiner demokratischen Rechte (gewerkschaftliche Rechte und Versammlungsrecht) beraubten Arbeitskraft auszubeuhen. Nicht umsonst hat Sarkozy das Regime Ben Ali bis zum Schluss unterstützt, wie es auch die Minister Alliot-Marie und Frederic Mitterand taten. Aber die Vertreter des französischen Imperialismus beschränken sich nicht nur auf Mitglieder der Regierung Sarkozy, wir haben auch noch das Bild von Dominique Strauss-Kahn vor Augen, Leitungsmitglied der PS und gegenwärtig Direktor des Weltwährungsfonds, der aus den Händen von Ben Ali die Medaille des Großmeisters des Ordens der tunesischen Republik empfing.

Aber trotz der Inhaftierung der Aktivisten, oft Kommunisten oder Islamisten, hat der Kampf in Tunesien

sien nie aufgehört, hat sich die Wut des Volkes nie abgeschwächt. Und mehrere Male innerhalb der letzten 2 Jahre waren Zeichen des Bruchs zwischen dem Regime und dem Volk immer mehr zu spüren.

Seit 2008 bröckelt das Regime Ben Ali

Die Volksaufstände des Kohlebeckens von Gafsa im Juni 2008 waren die ersten ernsthaften Erschütterungen der Macht. Auch wenn die Ausgangsforderungen auf gewerkschaftliche Forderungen beschränkt waren, hat sich der Protest rasch vergrößert und die Bewegung ist politisch und zum Protest gegen das Regime Ben Alis geworden... Die Unterdrückung der Bewegung war schwer, aber diese Ereignisse haben die Fähigkeit des Volkes gezeigt, der Unterdrückung durch das Regime zu widerstehen. Dann konnte das Regime Ben Alis die Bewegung vom Sommer 2010 in Ben Guerdane, an der tunesisch-libyschen Grenze, nicht unterdrücken. Im Gegenteil, er musste zurückweichen und alle Gefangenen der Bewegung freilassen und auch den Forderungen des Volkes nachgeben. Bei einem Interview mit einem Sprecher der PCOT in Tunis, vertraute uns Hama Hammami an, dass sich das Zentralkomitee der Partei mehrere Male nach diesen Ereignissen getroffen hat, um die Situation zu analysieren und sich vorzubereiten, denn nach dem Sommer 2010 war die Stimmung der Massen so, gemäß den Genossen der PCOT, dass man einen eventuellen Aufstand erwarten konnte. Am 17. Dezember begann der Aufstand, nachdem sich Mohamed Bouazizi, dieser jugendliche arbeitslose Akademiker, Obst- und Gemüseverkäufer, selbst verbrannt hatte im Anschluss an die Beschlagnahmung seines Verkaufsstandes durch die Polizei.

“Wir sind Millionen von Mohamed Bouazizis in Tunesien”

Die Bewegung entwickelte sich schnell, denn die Not, der Hunger, der teure Lebensunterhalt, die Korruption, die Arbeitslosigkeit, die Unterdrückung der Freiheiten hatten lange genug gedauert für diese Millionen von Mohamed Bouazizis. Die Mitglieder der gewerkschaftlichen, studentischen, politischen und zivilgesellschaftlichen Organisationen haben diese Ereignisse dort, wo sie verankert waren, bekannt gemacht und den Protest weitergetragen. Die Einwohner verschiedener Gebiete haben sich in örtlichen Komitees organisiert, um das Volk vor den konterrevolutionären Angriffen des Regimes mit Hilfe der in Milizen organisierten politischen Polizei zu schützen. Mit Stöcken, Messern und allem, was sie finden konnten, bewaffnete Jugendliche und Erwachsene haben insbesondere die Zu-

fahrtsstraßen bewacht. Am 10. Januar 2011, als die Bewegung Tunis und die Jugend der vom einfachen Volk bewohnten Viertel erreichte, hat am 11. Januar 2011 PCOT über ein Video des nationalen Sprechers zur Abdankung Ben Alis aufgerufen (während die anderen fortschrittlichen Kräfte wie PDP oder Ettajdid nur zu Reförmchen aufriefen). Dieser Aufruf wurde von allen gehört und übernommen: Jugendlichen, Frauen, Arbeiterinnen, Arbeitslosen, Rechtsanwälten und Bauern in Bewegung. Diese Forderung, diese Losung: “Tritt ab, Ben Ali!” hat Widerhall bei den Massen gefunden, es war die Parole, die nötig war. Der Anstieg des politischen Bewusstseins in der Volksbewegung brachte das Regime dazu, zahlreiche Mitglieder der PCOT zu verhaften, darunter Vertreter wie Amar Amroussia und erneut Hama Hammami.

Ein gefährlicher Mangel an politischer Führung.

Alle Propagandamittel wurden genutzt, darunter das berühmte Facebook wie auch der Fernsehsender Al Jazeera, der einigermaßen objektive Informationen sendete. Insbesondere Facebook war ein Werkzeug, das gestattete, Losungen zu propagieren, Videos von Aktionen zeitgleich zu verbreiten, die Internetnutzer auf dem Laufenden zu halten und breit zu mobilisieren. Aber keinesfalls war Facebook der Motor dieser Revolution. Es waren die gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen und politischen Organisationen, die aus einem regionalen und lokalen Gesichtspunkt die Aktionen geleitet haben. Facebook war nur ein mächtiger Verstärker. Im Gegenteil, der revolutionären Bewegung, die angestoßen worden war, fehlte es an einer nationalen politischen Führung: die Aktionen wurden nicht in nationalem Maßstab organisiert. Dieser Mangel der Bewegung hat ihre Tragweite und Schlagkraft begrenzt, was es der Diktatur erlaubte, an der Macht zu bleiben, nachdem sie sich am 14. Januar 2011 den Diktator vom Hals geschafft hat.

Die “Front des 14. Januar”.

Die Flucht Ben Alis war ein erster großer Sieg des voranschreitenden revolutionären Prozesses. Aber die PCOT hat das Fehlen einer zentralen politischen Führung als gefährlichen Mangel der Bewegung analysiert, den es zu beseitigen gilt, damit sich das Volk vom Joch der Diktatur befreie und um an die Errichtung einer wahren Demokratie zu gehen. Eine Woche nach dem Sturz des Diktators haben sich die verschiedenen fortschrittlichen und sogar nationalistischen Kräfte, die gegen die Diktatur kämpfen wollten, in einer politischen Front versammelt, die sich “Front des 14. Januar” nennt mit Bezug auf

jenen Freitag, den 14. Januar 2011, an dem Ben Ali nach Saudi-Arabien geflohen ist. Diese Front des 14. Januar stellt eine ernsthafte politische Opposition zur selbsternannten provisorischen Regierung von Mohamed Ganouchi, dem ehemaligen Premierminister Ben Alis, dar, einer Regierung, die von den französischen und Yankee-Imperialisten unterstützt wird. Seine Mitgliedskarte der RCD zurückgeben oder die Regierung umbilden reichte nicht, die Wut der Massen zu besänftigen angesichts eines Systems, das seine Methoden nicht geändert hat: man wendet die gleichen an und beginnt von neuem, diesmal mit Rückendeckung der reformistischen, opportunistischen Parteien (besonders der PDP und Ettajdid).

Für eine verfassungsgebende Versammlung, für eine neue Verfassung!

Die Diktatur herrscht immer noch, die politische Polizei ist immer noch aktiv, es gibt immer noch politische Gefangene in Haft... Aber diese Regierung ist desavouiert und hat die Hände zum Regieren nicht frei. Am Samstag, den 12. Februar wurde im Kongresspalast... das erste politische Meeting der Front des 14. Januar abgehalten. Im Laufe dieses Meetings haben die Teilnehmer der Front in kämpferischer Einheit zum Sturz der Regierung Ganouchi aufgerufen und zur Bildung einer wahrhaft provisorischen Regierung, welche die Kräfte des Volkes, das in Bewegung ist, vertritt. Diese Regierung hätte als erste Aufgabe die Organisierung von Wahlen zu einer konstituierenden Versammlung, deren Aufgabe es wäre, eine neue, wirklich demokratische Verfassung auszuarbeiten, um mit diesem diktatorischen Regime Schluss zu machen. "Das Volk will eine konstituierende Versammlung!" forderten mit Macht die 8.000 Personen, die aus allen Ecken des Landes zusammengekommen waren, um an diesem historischen Treffen teilzunehmen. Dieses Treffen war eine ernste Warnung an Ganouchi und seine Regierung sowie an die politischen und gewerkschaftlichen Kräfte, die ihn noch unterstützen. Die revolutionären Kräfte werden sich nicht mit der Fluch Ben Alis begnügen. Der revolutionäre Prozess muss zu Ende geführt werden.

Von der "Front des 14. Januar" zum "Nationalen Rat zu Rettung der Revolution".

Aber diese "Front des 14. Januar", welche ein politisches Organ ist, ist nicht gleichbedeutend mit der Kampffront, in die sich die anderen genossenschaftlichen, gewerkschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Kräfte einreihen können, die ein Wort über die Zukunft Tunesiens mitzureden haben. Kraft der

Dynamik, die durch das Treffen der Front angestoßen wurde und um die örtlichen Widerstandskomitees, die noch in einigen Gebieten des Landes existieren, zu stärken, hat sich am 14. Februar 2011 die Versammlung der politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Kräfte, unterstützt von der Volksbewegung, als "Nationales Komitee zu Rettung der Revolution" konstituiert. Dieses Komitee vertritt wahrhaft die Bestrebungen des Volkes und muss die exekutive, legislative und judikative Gewalt haben: es ist die legitime provisorische Regierung! Seit unserer Rückkehr hat der revolutionäre Prozess an Boden gewonnen. Wir erfuhren, dass Ganouchi schließlich anschließend an eine Demonstration von 100.000 Menschen in Tunis die Regierung verlassen musste; eine Demonstration, welche den Abtritt des alten Premierministers forderte – eine Demonstration, nicht zu vergessen, im Verlauf derer 5 Tunesier von den Polizeikräften getötet wurden.

Der revolutionäre Prozess ist tunesisch, aber seine Sprengkraft ist international.

Die revolutionäre Erfahrung in Tunesien hat zahlreiche, insbesondere arabische, Völker stimuliert, welche diktatorischen Regierungen unterworfen sind, in Ägypten, im Jemen, in Algerien, Jordanien und jetzt in Libyen, aber auch in China! Die Völker der Welt, welche für ihre Würde kämpfen, in Lateinamerika wie in Europa, müssen diese Revolution in Tunesien unterstützen, welche das internationale politische System, das imperialistische System schwächt und daher eine objektive Unterstützung der Völker der Welt, die für die Befreiung von ihren Ketten kämpft, darstellt.

Wir kehren aus Tunesien zurück, mehr denn je von der Notwendigkeit überzeugt, mit den fortschrittlichen Kräften unseres Landes für den Sturz dieses kapitalistischen System zu kämpfen, eines Systems, das ohne Unterlass die Diktatoren unterstützt, die unteren Schichten des Volkes bei uns und anderswo ausbeutet und verarmt und seine Krisen das ganze Volk bezahlen lässt und so den Mitgliedern der Oligarchie und den Mächtigen der Welt zu Diensten ist.

Folglich hat der 7. Parteitag unserer Partei seinen politischen Vorschlag "Für eine revolutionäre Volksfront jetzt!" angenommen. Wir, die Jugendlichen der Partei, sind fest entschlossen, unseren Beitrag zu leisten, dass so schnell wie möglich bildet und als Anfang werden wir dazu beitragen, hier in Frankreich die revolutionäre Erfahrung des tunesischen Volkes und seiner Jugend zu verbreiten.

Vor 140 Jahren: Das Massaker von Paris

Die Lehren aus der blutigen Niederschlagung der Pariser Kommune

Wie bei allen imperialistischen Kriegen war es auch im Krieg zwischen Preußen/Deutschland und Frankreich 1870-1871 die werktätige Bevölkerung, die unter den Kriegsfolgen am meisten litt. In Frankreich wurde nach der Niederlage das Leben für die Bauernschaft und die Arbeiterklasse immer unerträglicher, die neue Regierung unter Thiers hatte sich zur Zahlung von 5 Milliarden Goldmark als "Entschädigung" an das Deutsche Reich verpflichtet, die aus dem Volk herausgepreßt werden sollten. Das führte im Frühjahr 1871 in Paris zum Aufstand der Arbeiter.

Dieser Aufstand ist vielleicht der einzige, den man als kommunistische Revolution bezeichnen kann. Das Ziel der Kommunarden - wie sie sich selbst nannten - war nicht nur die Beseitigung des Kapitalismus, sondern die Errichtung des Kommunismus.

Schon lange vor dieser Revolution graute der Bourgeoisie allein beim Gedanken an den Kommunismus. "Ein Gespenst geht um in Europa - das Gespenst des Kommunismus", so beschrieben Karl Marx und Friedrich Engels die Angst der Ausbeuter allein vor der Idee (1).

Der Aufstand der Pariser Arbeiter wurde mit großer Brutalität niedergeschlagen, und zwar von der französischen und preußisch-deutschen Bourgeoisie gemeinsam, obwohl die sich noch wenige Wochen vorher bekriegt hatten - Pack schlägt sich, Pack verträgt sich. Mehr als 30.000 Arbeiterinnen und Arbeiter (manche Quellen sprechen von 40.000) wurden ermordet, um die alten Macht- und Ausbeutungsverhältnisse wieder herzustellen. Seitdem zieht sich das Abschlachten aufrührerischer Arbeiter wie eine Blutlinie durch die Zeit der bürgerlichen Herrschaft. Wir nennen nur einige Beispiele:

Der Aufstand der unter den Folgen des russisch-japanischen Kriegs 1905 leidenden werktätigen Bevölkerung wurde vom Zaren-Regime blutig erstickt. Die Oktober-Revolution 1917 verlief nahezu unblutig - beim Versuch der russischen Ausbeuterklassen, die Macht zurückzuerlangen, wurde ein Großteil der russischen Arbeiterklasse ausgerottet und die Zahl der ermordeten revolutionären Bauern war noch höher. Wir erinnern in Deutschland an die Niederschlagung der Revolution 1918/19 und die blutige Rache der Noske, Watter und Konsorten - vergleichsweise harmlose Vorläufer der Nazi-Mörder. Nach der Zerschlagung der spanischen Republik 1939 wurden unter Franco mehr als 600.000 Menschen als Kommunisten ermordet, ebenso viele waren es in Indonesien. Zahllose weitere Beispiele müßten noch genannt werden, und zwar nicht nur aus der Vergangenheit, sondern auch aus der Gegenwart.

Die Kommunarden haben Fehler gemacht, die zu ihrer Niederlage beitrugen. Marx und Engels haben diese Fehler herausgearbeitet - bei der Oktober-Revolution wurden sie nicht mehr begangen mit dem Ergebnis, daß

hier die von den Pariser Kommunarden errichtete "Diktatur des Proletariats" nicht nur einige Wochen dauerte, sondern mehrere Jahrzehnte. Die Bourgeoisie kam dann nicht durch eine blutige Konterrevolution wieder an die Macht, sondern indem sie "die Festung von innen eroberte", wovon Stalin gewarnt hatte.

Marx und Engels unterzogen die "Tage der Kommune" einer wissenschaftlichen Untersuchung. Sie arbeiteten heraus, daß es für die Errichtung des Kommunismus nicht ausreicht, daß die Arbeiterklasse die politische Macht erobert. "Womit wir es hier zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eigenen Grundlage *entwickelt* hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft *hervorgeht*, also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt." (2) Marx bezeichnete diese Phase als "erste Phase der kommunistischen Gesellschaft" (3). Wir bezeichnen sie heute als Sozialismus, die Übergangsphase zwischen Kapitalismus und Kommunismus, gekennzeichnet dadurch, daß die Arbeiterklasse die durch die **sozialistische** Revolution eroberte politische Macht über die ehemalige Ausbeuterklasse bzw. deren Reste ausübt; die Arbeiterklasse steht in dieser Phase vor der Aufgabe, die Muttermerkmale der alten Gesellschaft zu beseitigen. Dazu gehören die private Aneignung des gesellschaftlich erzeugten Mehrprodukts, die Lohnarbeit, die Warenproduktion, die Klassengegensätze, der Staatsapparat als Herrschaftsinstrument einer Klasse, die Unterschiede zwischen Hand- und Kopfarbeit, zwischen Stadt und Land, der Bürokratismus, die *gesellschaftlichen* Unterschiede zwischen Frau und Mann, die Rolle des Geldes als Mittel, unermesslichen Reichtum anzuhäufen - es wird dann allenfalls noch als Verrechnungsmittel eine Rolle spielen...

Die Kommunarden von Paris sind gescheitert, aber nicht, weil "der Sozialismus bzw. Kommunismus der menschlichen Natur widerspricht", wie es die Kapitalisten behaupten. Sie sind gescheitert und massakriert worden, weil sie zu human, zu unerfahren waren. Sie haben mit ihrem Leben dafür die Erkenntnisse gezahlt, die die Arbeiter der ganzen Welt aus ihrem heroischen Aufstand gewonnen haben. Ihr Opfer und das der Abermillionen nach ihnen ermordeten Opfer der Ausbeuter darf nicht vergessen werden.

Quellenangaben:

- 1) Marx, K. und Engels, Fr.: Manifest der Kommunistischen Partei; in: MEAW Bd 1, Seite 25
- 2) Marx, K.: Kritik des Gothaer Programms; in MEAW Bd 2, Seite 16
- 3) ebenda Seite 17

Gedanken zu Georg Büchner: **DANTONS TOD**

Vorbemerkung: in einer Reihe von Ländern, in denen in den letzten Jahrzehnten antiimperialistische revolutionäre Kämpfe geführt wurden, haben die Führer dieser Kämpfe die Bevölkerung dadurch hinter sich gebracht, daß sie revolutionäre Programme verkündeten bis hin zur Propagierung des Marxismus-Leninismus. Dieser erklärt die Widersprüche des Imperialismus einleuchtend und für die unter der Ausbeutung leidende Bevölkerung verständlich und zeigt den Ausweg auf. Leider ist es dann immer wieder so gekommen, daß die bis dahin revolutionär auftretenden Führer, nachdem sie von der kämpfenden



Georg Büchner, 1813-1837

Bevölkerung zum Sieg getragen worden waren, diese revolutionären Programme und Erkenntnisse über Bord warfen. So geschehen z.B. in Äthiopien, wo die Bevölkerung mit revolutionären Phrasen von den jetzt dort Herrschenden dazu gebracht wurde, den Diktator Medngistu zu verjagen; so geschehen in Zaire/Kongo, so geschehen auch in Libyen, wo Gaddafi mit (schein-)revolutionären Phrasen die Bevölkerung im Kampf gegen König Idris hinter sich brachte. Wir können zur Zeit nicht beurteilen, ob er damals seine revolutionären Phrasen ernst meinte oder ob er im Laufe der Zeit durch die Machtposition, die er errungen hatte, korrumpiert wurde. Übrigens: sogar die CDU hat nach ihrer Gründung in ihrem "Ahlener Programm" mit an den Sozialismus anklingenden Positionen in der Bevölkerung geworben. Nachdem sie so erfolgreich einen Teil der Bevölkerung hinter sich gebracht hatte, hat sie diese Vorstellungen aber schnell verworfen. Bauernfänger... (Damit wollen wir natürlich keine Bevölkerungsgruppe diskreditieren.) Und auch wir haben so unsere Erfahrungen: ehemalige "Genossen" gingen von uns z.B. zunächst zur inzwischen auf-

gelösten KPD/AO und weiter bis zur SPD und sind heute z.B. als Gesamtbetriebsratsvorsitzende sogenannte Co-Manager... Ein konsequenter ideologischer Abstieg, natürlich verbunden mit einem ebenso konsequenten materiellen Aufstieg...

* * *

Die bürgerliche Literaturwissenschaft reiht Georg Büchners Theaterstück "Dantons Tod" in die Kategorie "realistisches Theater" ein. Es ist nach Auffassung der bürgerlichen Literaten ein Stück über die französische Revolution. In diesem Stück zeigt sich nach Auffassung bürgerlicher Literaturkritiker auch, welche Verachtung Büchner für die Arbeiterklasse übrig hatte...

Doch: "Dantons Tod" ist vielleicht das revolutionärste Theaterstück in deutscher Sprache.

Die Französische Revolution gibt jedoch eher den Hintergrund ab für das eigentliche Thema des Stückes: die ideologische Auseinandersetzung zwischen Robespierre und Danton über die notwendige Fortführung der Revolution. Danton hatte sich im Verlauf der Revolution als einer ihrer Führer große Verdienste erworben; er vertrat nun die Meinung, die Revolution sei erfolgreich zu Ende gebracht worden und man - sprich: er - könne nun ihre Früchte in Ruhe genießen. Robespierre jedoch erkannte, daß der Feind noch nicht endgültig besiegt war und daß der Kampf weitergeführt werden müsse.

Von der Form her ist "Dantons Tod" ungewöhnlich. Üblich sind Theaterstücke mit fünf Akten oder auch mit dreien, in der modernen Literatur gibt es auch Einakter. "Dantons Tod" jedoch besteht aus vier Akten. Es fällt leicht, für jeden Akt einen thematischen Schwerpunkt aufzuzeigen: im ersten Akt wird Danton von Robespierre verurteilt, im zweiten vom französischen Convent und im dritten vom Volk - im vierten Akt wird er hin-

gerichtet. Was soll da ein fünfter Akt? In einem fünften Akt wäre, wenn es Büchner um ein Theaterstück über die französische Revolution gegangen wäre, Robbespierre hingerichtet worden. Doch das war für Büchner nicht wichtig.

Welche Atmosphäre im Theater für den Zuschauer entsteht, hängt natürlich von der Inszenierung des Intendanten ab. Beim Lesen des Stückes fällt jedoch ein merkwürdiger Stimmungsbruch auf: Spiegeln die ersten drei Akte die revolutionäre Begeisterung wieder, so weicht der vierte Akt hiervon durch seine traurige, wehmütige Stimmung ab. Der bis dahin von allen verurteilte Danton tut einem auf einmal leid. Das ist für den Leser zunächst entweder völlig unverständlich oder er kommt zu der Fehldeutung, Büchner stehe doch aus Seiten Dantons; doch dieser Stimmungswandel wird verständlich, wenn man weiß, daß "Dantons Tod" auch etwas aus dem Georg Büchners Leben widerspiegelt.

Für die Behandlung des Theaterstückes im Deutschunterricht gibt es eine Reihe von "Unterrichtshilfen". Aus ihnen erfährt man z.B. auch etwas über Georg Büchner. Er gehörte zu Beginn des 19. Jahrhunderts zu einem Zirkel revolutionärer Intellektueller, die gegen den Feudalstaat und für die geistige Erneuerung kämpften. In den "Unterrichtshilfen" wird auch aus Briefen Büchners zitiert, in denen er sich mit seinen Mitstreitern politisch austauschte. Und hier findet man wieder etwas zunächst Erstaunliches: manche Passagen der Briefe tauchen fast wörtlich im Theaterstück auf, und zwar sowohl als Positionen Robbespieres als auch als Positionen Dantons, so daß man unsicher wird darüber, auf welche Seite in der Auseinandersetzung zwischen den beiden französischen Revolutionären sich denn nun Büchner eigentlich stellt.

Sein Verleger berichtete später, Büchner sei eines morgens - emotional sehr erregt - bei ihm aufgetaucht, habe ihm das Manuskript des Stückes, das er in wenigen Wochen heruntergeschrieben habe, gewissermaßen auf den Tisch geknallt mit der Bitte um baldige Veröffentlichung und sei danach sofort vom hessisch/darmstädtischen Gebiet nach Straßbourg in Frankreich geflüchtet.

Die damalige deutsche Obrigkeit hatte dem revolutionären Treiben der verschiedenen Zirkel natürlich nicht tatenlos zugehört. Büchner wurde angeklagt, vorgeladen und - als er der Vorladung nicht Folge leistete - steckbrieflich gesucht. Sein

Vater hatte eine einflußreiche Position, er hätte seinen Sohn mit "Vitamin B" herausholen können; Georg Büchner selbst war verlobt mit einer wohlhabenden jungen Frau, die er liebte - er hätte mit Hilfe seines Vaters an ihrer Seite das Leben genießen können - allerdings hätte er dazu seine Überzeugungen verraten müssen. Als sich Büchner mit der Französischen Revolution beschäftigte, erkannte er in der Auseinandersetzung zwischen Robbespierre und Danton seinen eigenen Gewissenskonflikt wieder. Nun versteht man auch, warum aus seinen Briefen im Theaterstück Textpassagen sowohl Robbespierre als auch Danton in den Mund gelegt werden. Büchner war sowohl Robbespierre als auch Danton, der Kampf zwischen beiden fand auch in seinem Inneren statt. Nun versteht man auch die unerwartete Wehmut, die im vierten Akt zu spüren ist: es wäre schön, so zu leben, aber es geht nicht! Der Danton in mir muß hingerichtet werden! Und man weiß nun auch, warum das Stück mit der Hinrichtung Dantons endet und der weitere Verlauf der Revolution in Frankreich nicht dargestellt wird.

Abschließend noch etwas zur angeblichen Verachtung, die Büchner für die Arbeiter übrig gehabt haben soll: hier berufen sich die bürgerlichen Kritiker auf den dritten Akt, in dem Büchner die Arbeiter auftreten läßt. Die Art, wie er sie auftreten lasse, zeige, wie sehr er sie verachte, wird argumentiert. Völlig vergessen haben die bürgerlichen Kritiker, daß sie Büchner vorher in die Schublade "Realistisches Theater" gesteckt haben. Büchner schildert die Arbeiter so, wie sie unter den kapitalistischen Ausbeutungsverhältnissen und der politischen Unterdrückung tatsächlich sind, also realistisch. Er macht für ihr Sosein allerdings nicht die Arbeiter verantwortlich, sondern die herrschende Klasse, die den unterdrückten Menschen solche Lebensbedingungen aufzwingt. Das ist keine "blauäugige" Interpretation von uns, sondern das bezeugt die Auseinandersetzung zwischen Büchner und seinen Mitstreitern: letztere - fast ausnahmslos Intellektuelle, Industrielle und gutbetuchte Bürger - vertraten die Auffassung, die angestrebte geistige Erneuerung würde aus der geistigen Oberschicht kommen; dem gegenüber vertrat Büchner im "Vormärz" - schon lange vor Karl Marx - die Auffassung, die geistige Erneuerung werde von den Arbeitern kommen. Er gründete auch eine eigene oppositionelle Gruppe, in der auch Mitglieder aus der armen Landbevölkerung waren.

Für eine Welt der Arbeiter!

Den Klassenkampf in Ökonomie, Politik und Ideologie führen

Der Klassenkampf des Proletariats muss nach allen Richtungen hin geführt werden. So reicht es für die Arbeiterklasse nicht aus gegen den Lohnraub der Kapitalisten, gegen ihre Versuche die tägliche Arbeitszeit sowie die Leiharbeit auszuweiten usw. Widerstand zu organisieren. Neben dem ökonomischen Klassenkampf, muss auch der politische geführt werden. D.h. für ein Verbot von Leiharbeit, für die Abschaffung aller Hartz-Gesetze, gegen die Abwälzung der Folgen der Weltwirtschaftskrise durch die entsprechenden Sparpakete der Regierenden auf die Arbeiterklasse und alle anderen Werktätigen einzutreten. Diese ökonomischen und politischen (Abwehr-) Kämpfe zu führen, reicht alleine nicht aus, um das Elend der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie der unterdrückten Völker endgültig aus der Welt zu schaffen. Wichtig ist gerade am 1. Mai - dem internationalen Kampf- und Feiertag der Arbeiterklasse - den Klassenkampf auch auf ideologischem Gebiet zu führen. Hier gilt es mit dem Märchen aufzuräumen, das die Kapitalisten und ihre Lakaien nicht müde werden in immer neuen Formen aufzulegen, welches darin besteht zu behaupten, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter und die anderen Verdammten dieser Erde ohne die imperialistische Bourgeoisie und alle anderen Ausbeuter angeblich nicht existieren können und die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten niemals alle Kommandohöhen der Wirtschaft und des Staates besetzen und erfolgreich dirigieren können. Ein Versuch ohne die Ausbeuter leben zu wollen und den Kapitalismus zu stürzen, führe unweigerlich zu Chaos, Anarchie, dem Verlust wirtschaftlicher und sozialer Stärke usw.

Vier Jahre, die die Welt erschüttern

Doch diese Ideologie der Kapitalisten ist seit der Großen sozialistischen Oktoberrevolution im Russland des Jahres 1917 und den erfolgreichen Kämpfen der Arbeiter und Bauern der Völker der sozialistischen Sowjetunion in der Praxis längst widerlegt. Insbesondere die sozialistische Industrialisierung im Zuge des ersten Fünfjahrplans von 1928 bis 1933 zeigt, dass der Aufbau einer sozialistischen Industrie ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und ohne Ausplünderung fremder Länder (durch imperialistische Kriege) möglich ist. Die *“Behauptung der bürgerlichen Ökonomen [ist] über den Haufen*

geworfen, dass das kapitalistische Wirtschaftssystem das beste und jedes andere Wirtschaftssystem nicht stabil sei und den Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung nicht standhalten könne.” (S. 192)¹

Sozialistische Industrialisierung

Alleine auf sich gestellt, bauen die Arbeiter und Bauern in nur vier Jahren (bis Ende 1932) eine riesige sozialistische Industrie auf und verwandeln dadurch die Sowjetunion, die aus dem rückständigen zaristischen Russland hervorgegangen ist, in ein mächtiges Industrieland: *“Die grundlegende Aufgabe des Fünfjahrplans bestand darin, unser Land mit seiner rückständigen, mitunter mittelalterlichen Technik auf die Bahnen der neuen, modernen Technik überzuleiten.”* (S. 154) stellt J.W. Stalin in seiner Rede *“Die Ergebnisse des ersten Fünfjahresplans. Bericht am 7. Januar 1933”* fest. Weiter: *“Das Hauptkettenglied des Fünfjahrplans bestand in der Schwerindustrie mit ihrem Herzstück, dem Maschinenbau. Denn nur die Schwerindustrie ist imstande, sowohl die gesamte Industrie als auch das Verkehrswesen und die Landwirtschaft zu rekonstruieren und auf die Beine zu stellen.”* (S. 157)

“Welches sind die Ergebnisse des Fünfjahrplans in vier Jahren auf dem Gebiet der Industrie? [...] Wir hatten keine Eisenhüttenindustrie, diese Grundlage der Industrialisierung des Landes. Jetzt haben wir sie.

Wir hatten keine Traktorenindustrie. Jetzt haben wir sie.

Wir hatten keine Automobilindustrie. Jetzt haben wir sie.

Wir hatten keinen Werkzeugmaschinenbau. Jetzt haben wir ihn.

Wir hatten keine ernst zu nehmende, keine moderne chemische Industrie. Jetzt haben wir sie.

Wir hatten keine wirkliche und ernst zu nehmende Industrie zur Herstellung moderner landwirtschaftlicher Maschinen. Jetzt haben wir sie.

Wir hatten keine Flugzeugindustrie. Jetzt haben wir sie.

In der Erzeugung elektrischer Energie standen

¹ Die in Klammern angegeben Seitenzahlen beziehen sich auf J.W. Stalin, Die Ergebnisse des ersten Fünfjahresplans. Bericht am 7. Januar 1933. In: Stalin Werke Band 13, S.145-192, im Internet unter www.stalinwerke.de

wir auf dem letzten Platz. Jetzt sind wir auf einen der ersten Plätze vorgerückt.

In der Erzeugung von Erdölprodukten und in der Kohleförderung standen wir auf dem letzten Platz. Jetzt sind wir auf einen der ersten Plätze vorgerückt. [...]

Wir haben erreicht, dass wir nicht nur diese Basis [der Kohlen- und Hüttenindustrie] hochgebracht, sondern auch eine Kohlen- und Hüttenbasis im Osten geschaffen haben, die der Stolz unseres Landes ist. [...]

Wir haben erreicht, dass wir in der nächsten Zeit zwei neue Zentren der Textilindustrie, in Mittelasien und in Westsibirien, haben werden. [...]

All das hat dazu geführt, dass die kapitalistischen Elemente aus der Industrie endgültig und unwiderruflich verdrängt worden sind und die sozialistische Industrie zur einzigen Form der Industrie in der UdSSR geworden ist." (S. 160-161)

Welche Erfolge die Arbeiter und Bauern in der Industrialisierung in der Periode des ersten Fünfjahresplanes (1928-1932) erzielt haben, während die kapitalistische Welt die schwerste damals bekannte Weltwirtschaftskrise (1929-1933) durchgemacht hat, zeigen folgende Zahlen:²

Umfang der Industrieproduktion bis 1932 im Vergleich zum Vorkriegsstand (1913=100%):

UdSSR	334 Prozent
USA	84 Prozent
England	75 Prozent
Deutschland	62 Prozent

Umfang der Industrieproduktion 1932 im Vergleich zu 1928 (1928=100%):

UdSSR Prozent	219
USA Prozent	56
England Prozent	80
Deutschland Prozent	55
Polen Prozent	54

Klassenkampf und Weltkrieg

Die Errichtung der sozialistischen Industrie ermöglicht dann auch die Stärkung der Verteidigungskraft des sozialistischen Staates voranzutreiben. Hier sind die Industriebetriebe geschaffen worden, ohne deren Rüstungsgüter die Rote Armee ihre ruhmreichen Siege bei der Zerschlagung des Nazi-Faschismus im II. Weltkrieg nie hätte erringen können. Ohne die sozialistische Industrie wären die Erfolge der Roten Armee vor Leningrad und Moskau, in Stalingrad und am Kursker Bogen nicht möglich gewesen.

Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter und Bauern

Die Verbesserung der Lage der Arbeiter und Bauern in der UdSSR besteht "[...] *erstens* darin, dass die **Arbeitslosigkeit überwunden** und die **Ungewissheit der Arbeiter über den morgigen Tag beseitigt** ist.

Sie besteht zweitens darin, dass **nahezu die gesamte Bauernschaft durch den kollektivwirtschaftlichen Aufbau erfasst** ist, wodurch der Differenzierung der Bauernschaft in Kulaken und arme Bauern Einhalt geboten und **zugleich der Verelendung und dem Pauperismus im Dorfe ein Ende gemacht** worden ist.

[...]

Man verweigert den Arbeitslosen [in den kapitalistischen Ländern] die Nahrung, weil sie nicht bezahlen können, man verweigert ihnen ein Obdach, weil sie die Miete nicht zahlen können. Wovon und wo leben sie? Sie leben von dürftigen Brosamen, die von der Herren Tische fallen, sie wühlen in den Müllkästen, wo sie verfaulte Nahrungsmittelreste finden, sie leben in den

² Zahlen nach Stalin Werke, Band 13, S. 162-163

Elendsquartieren der Großstädte, zumeist aber in elenden Hütten außerhalb der Stadt, die von den Arbeitslosen aus Kistenbrettern und Baumrinde notdürftig zusammengezimmert werden. Aber das ist noch nicht alles. Unter der Arbeitslosigkeit leiden nicht nur die Arbeitslosen. Auch die beschäftigten Arbeiter leiden unter ihr. Sie leiden deshalb, weil das Vorhandensein einer großen Zahl von Arbeitslosen für sie eine unsichere Lage im Betrieb, eine Ungewissheit über den morgigen Tag schafft. Heute arbeiten sie im Betrieb, doch sie sind nicht sicher, ob sie morgen beim Erwachen nicht erfahren, dass sie bereits entlassen sind.” (S. 176-177)

Wen erinnert diese Beschreibung der Lage der Arbeiterklasse in den Jahren der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933 nicht an die Folgen der Elendsgesetze von Hartz I bis IV sowie die Geisel der Leiharbeit in der heutigen Zeit, in der der (Niedrig-)Lohn vielen Arbeiterfamilien zum Leben nicht ausreicht und die ergänzend mit Hartz IV Anträgen aufstocken müssen? Oder die vielen Leiharbeiterinnen und -arbeiter, die länger arbeiten müssen, weniger Lohn, Sozialleistungen, Urlaub usw. erhalten wie ihre fest angestellten Kollegen? Oder die erwerbslosen Arbeitslosengeld II Empfänger, die zuwenig Geld zum Leben (345,- Euro im Monat, bald 5,- Euro mehr) und zuviel zum Sterben bekommen? Oder an alle die “Bedürftigen”, die bei den Tafeln um abgelaufene Nahrungsmittel anstehen müssen, die aus den Abfällen der Billig-Discountermärkte stammen? Oder an die steigende Zahl der Obdachlosen hier in der BRD sowie die Slums in den Städten Lateinamerikas, Asiens und Afrikas oder die Gecekondus in den Großstädten der Türkei? (**Gecekondü** ist die türkische Bezeichnung für ein informelle Siedlung, also ein ungeplantes Viertel mit primitiven Unterkünften am Rande einer Großstadt)

Dagegen erscheinen die Erfolge bei der Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter und Bauern des ersten Fünfjahresplanes in der sozialistischen Sowjetunion wie ein heller Lichtstrahl:

*“a) die **Verdoppelung** der Arbeiter und Angestellten in der Großindustrie im Vergleich mit dem Jahre 1928, was eine Übererfüllung des Fünfjahrplans um 57 Prozent ergibt;*

b) das Anwachsen des Volkseinkommens – folglich das Anwachsen des Einkommens der Arbeiter und Bauern -, das im Jahre 1932 45,1 Milliarden Rubel erreicht hat, was eine Steigerung um 85 Prozent im Vergleich mit dem

Jahre 1928 ergibt;

c) das Anwachsen des durchschnittlichen Jahreslohns der Arbeiter und Angestellten der Großindustrie um 67 Prozent im Vergleich mit dem Jahre 1928, was eine Übererfüllung des Fünfjahrplans um 18 Prozent ergibt;

d) das Anwachsen des Sozialversicherungsfonds um 292 Prozent im Vergleich mit dem Jahre 1928 [...];

e) die Erweiterung der Werkkuchenverpflegung, von der mehr als 70 Prozent der Arbeiter der ausschlaggebenden Industriezweige erfasst sind, was eine Übererfüllung des Plans um 500 Prozent ergibt.” (S. 179)

* * *

Literatur zum Weiterlesen:

- C J.W. Stalin, Die Ergebnisse des ersten Fünfjahresplans. Bericht am 7. Januar 1933. In: Stalin Werke, Band 13, S. 145-192, im Internet unter www.stalinwerke.de
- C Henri Barbusse, Stalin. Eine neue Welt, Berlin, Reprint 1996 (Henri Barbusse schreibt mit furchtloser Begeisterung von dem damals Neuen, das heute, von den Vertretern des Alten reaktionär verzerrt, als pure Geschichte erscheint. Doch für jeden, der sich nicht mit dem imperialistischen Gang der Barbarei abfinden will, ist dieses Buch genauso aktuell, wie bei seinem ersten Erscheinen. Im Internet unter www.stalinwerke.de)
- C M. Iljin, Fünf Jahre, die die Welt verändern. Erzählung vom großen Plan
- C Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD. Zentralkomitee, Weltwirtschaftskrise. Der Imperialismus am Vorabend der proletarischen Revolution, München, 2010

Ein Genosse aus Nürnberg)

Der Enthüller der antisowjetischen Lüge um Katyn und der systematischen Fälschungen von Dokumenten seit Gorbatschow, Prof. Wiktor Iljuchin, starb unter mysteriösen Umständen.

Ein seltsamer Todesfall

Zum Tode von Prof. Wiktor Iljuchin

Von Tamara Maninskaja

Quelle:

http://kprf.ru/rus_soc/89534.html

28. März 2011: Was fühlt man gewöhnlich, wenn ein fremder Mensch stirbt, mit dem man nicht persönlich bekannt war? Wahrscheinlich ein natürliches Gefühl des Bedauerns und der Anteilnahme mit den Verwandten, aber nicht mehr. Die Mitteilung davon, daß im Moskauer Gebiet in der Nacht auf 20. März Wiktor Iljuchin starb, der Abgeordnete der Russischen Staatsduma der Fraktion von KPRF, hat auf mich einen solchen Eindruck gemacht, als ob einer meiner nahen Verwandten gestorben wäre.

Es ist ein Gefühl eines unersetzlichen Verlustes. Als ich die kurzen Kommentare zu den Mitteilungen vom Tode Iljuchins las, verstand ich, daß nicht nur ich dieses Gefühl hatte. Viele, die die KPRF und die kommunistische Ideologie nicht unterstützen, hatten geschrieben, aber alle stimmten in der Einschätzung der Persönlichkeit Kommunisten Iljuchin als eines ehrlichen, sehr anständigen und kompromißlosen Menschen überein. Dafür mag die Tatsache stehen, daß er wegen der Anregung einer Strafsache gegen Gorbatschow im Oktober 1991 nach dem Artikel der Verfassung "Verrat der Heimat", zwei Tage danach aus der Staatsanwaltschaft der UdSSR entlassen wurde.

Und auch in der neueren Geschichte Rußlands hat Iljuchin sich nicht geändert – er hat sein Gewissen nicht gegen das Geld und Wohlstand ausgetauscht. Als 1999 in der Staatsduma der Russischen Föderation die Frage über das Amtsenthebungsverfahren gegen Präsidenten Jelzin aufkam, trat Iljuchin mit einer Anklagerede auf. Außer der Arbeit in Duma beschäftigte sich Wiktor Iwanowitsch Iljuchin mit Öffentlichkeitsarbeit. Er leitete die Bewegung "Zur Unterstützung der Armee, der Verteidigungsindustrie und der Militärwissenschaft".

Zuvor hatte diese Bewegung **General Rochlin*** geleitet.

Außerdem beschäftigte sich Iljuchin seit langem und



nicht ergebnislos mit dem Problem, das mit den Verbrechen in Katyn verbunden ist: Er trat in der Staatsduma zu dieser Frage auf, wobei er die offizielle Version über die Schuld der UdSSR und die persönliche Verantwortung Stalins für diese Erschießungen überzeugend widerlegte. Der Schriftsteller Jurij Muchin, Autor der Bücher über die Katyner Erschießungen "Das Verbrechen von Katyn" und die "Antirussische Verleumdung" schreibt im Zusammenhang mit dem Tod Wiktor Iljuchins: "Er fand eine Erklärung für den technischen Verlauf der Fälschungen, weshalb die Duma und der russische Präsident die UdSSR

des Mordes beschuldigten; er hatte die Beweisstücke in der Hand, welche die Fälschungen der Katyner Sache belegen. Er sollte als Hauptzeuge und als einziger Zeuge vor Gericht auftreten, als einer der die Fälschungen der Katyner Sache bezeugen konnte. Das ist nun nicht mehr möglich" ...

... Mein persönlicher Bezug zu Wiktor Iljuchin ist auch noch dadurch bedingt, daß ich seit 1991 zwanzig Jahre meines Lebens mit der Arbeit im Forschungsinstitut des Verteidigungskomplexes der UdSSR verbracht habe, die in den vergangenen Jahren schonungslos und vollständig zerstört wurde. Und Wiktor Iwanowitsch Iljuchin hatte sich gerade auch mit Fragen der Armee und der Militärwissenschaft beschäftigt.

Es gibt bei den Menschen eine Besonderheit – sie sind sterblich, und die guten Menschen sind viel öfter sterblich, als alle übrigen. Und es scheint bemerkenswert zu sein, wenn ein bedeutender Mensch aus dem Leben geht, daß ringsum eine Leere entsteht, und es gibt keinen Ersatz. Wiktor Iwanowitsch Iljuchin war ebenso alt wie ich – möge er ewig in unserem Gedächtnis bleiben! Gerade über solche Menschen heißt es im Lied: "Ohne dich ist die Erde leer...".

*) *General Rochlin wurde 1998 ermordet.*

Die Antifaschisten sind die Verteidiger der bürgerlichen Demokratie

Proteste gegen die Naziaufmärsche in Magdeburg und Dresden

Der Naziaufmarsch in Magdeburg konnte nicht verhindert werden. Unter dem Schutz der Polizei – die brutal den Naziaufmarsch schützte – liefen erneut ca. 900 – 1000 Nazis weitgehend unbehelligt durch die Stadt. Der Versuch einer Blockade durch die Antifaschisten scheiterte an den gewalttätigen Polizisten, aber auch an der Obrigkeit der Stadt. Diese hatte erneut eine sogenannte Meile der Demokratie veranstaltet und diese als Antwort auf die Nazis verkündet.

Als "Sieg der Demokratie" feierte die MD-Volksstimme diese "Meile"

"war dieser Sonnabend der Sieg einer wehrhaften Demokratie", so posaunte die "Volksstimme". Wehrhaft, brutal war an diesem Sonnabend die Staatsmacht. Mit Gummiknüppeln, Pfefferspray und Prügel vereitelte sie die Blockade – aber der Bürgermeister faselte was von einer Menschenkette, die gegen die Nazis stattfand. Meilenweit war diese Aktion, ohne je mit den Nazis in Konfrontation zu gelangen. Und so zeigte sich erneut:

Die Antifaschisten sind die wirklichen Verteidiger der bürgerlichen Demokratie.

Anders verlief die Demonstration gegen den Naziaufmarsch am 19. Februar in Dresden.

Über 20.000 Menschen versammelten sich in Dresden, setzten wie schon 2010 ein klares Zei-



chen gegen nationalsozialistische Hetze und wehrten sich gegen die Legitimierung rechter Demonstrationen durch deutsche Verwaltungsgerichte. Die Dresdens Innenstadt war stundenlang im Ausnahmezustand.

Die Zulassung zum erneuten "größten europäischen Naziaufmarsch" durch deutsche Verwaltungsgerichte rief so viele Gegendemonstranten wie noch nie zusammen.

Die Neo-Nazis konnten nicht marschieren und der Widerstand dagegen konnte nicht durch Spaltungsversuche in "bürgerlich" und "links-extrem" geschwächt werden. Das ist

gut für 2012 und schlecht für einseitige Demagogie konservativer Berichterstattung öffentlicher Medien.

Über 300 Busse aus dem gesamten Bundesgebiet erreichten am frühen Morgen die Außenbezirke Dresdens und wurden frühzeitig von der Polizei





gestoppt. Aus Magdeburg kamen mehrere Busse mit Gewerkschaftern, der Links-Jugend, Antifas und einer Vielzahl von Kommunistinnen und Kommunisten verschiedener Parteien.

Das aggressive Vorgehen der Sicherheitskräfte mit Schlagstöcken, Pfefferspray, Wasserwerfern und Räumungspanzern hinderte die Antifaschisten nicht daran, Blockaden durchzuführen.

In Dresden versuchten rund 2.500 Nazis vergebens, ihre Schlappe vom vergangenen Jahr wettzumachen.

Sie scheiterten erneut am entschlossenen Widerstand aller Antifaschisten.

Den Nazis half auch die aggressive Hilfe der Staatsmacht nicht. Der bürgerliche Staat ist der wichtigste Unterstützer und Helfer der Nazis.

Die faschistische Gefahr geht vom Staat selber aus.

Auch wenn zurzeit die Nazis für die Bourgeoisie nicht als eine politische Option in Frage kommen, so haben sie dennoch eine Reihe von systemerhaltenden Aufgaben.

Heute sind sie noch die "Schmuddelkinder" - und morgen?

Wir verlangen das Verbot aller faschistischer

Organisationen!

Wir fordern, dass jeglicher Polizeischutz von Naziveranstaltungen sofort eingestellt wird!

Wir fordern, dass faschistische Propaganda unterdrückt wird!

Die staatliche Finanzierung aller faschistischen Parteien ist sofort einzustellen!

Die Bespitzelung von Antifaschistinnen und Antifaschisten muss beendet werden!

Diejenigen, die für ihre antifaschistischen Aktivitäten bestraft wurden, müssen rehabilitiert werden!

* * * * *

Zahl des Monats Januar 2011:

7.200.000

7,2 Millionen Menschen arbeiten in Deutschland auf 400-Euro-Basis. Das entspricht 20 Prozent aller Beschäftigten. Für 5 Millionen Menschen ist der "Minijob" die einzige Erwerbsquelle. Im Sommer 2009 benötigten 1,3 Millionen Beschäftigte zusätzlich zum Arbeitseinkommen ALG II, darunter 614.000 Minijobber. (Quelle: WSI / Hans-Böckler-Stiftung)

KOLLEGIN ! KOLLEGE !

**UNTERSTÜTZ DEINE PARTEI, DIE
KPD/ML ! UNTERSTÜTZE DEN
WEITEREN AUFBAU DEINER ZEITUNG**

ROTER STERN

**SCHREIB UNS ÜBER DEIN LEBEN IM
KAPITALISMUS, ÜBER DIE
AUSBEUTUNG AM ARBEITSPLATZ,
ÜBER DEINE ERFAHRUNGEN MIT DER
WOHNUNGSNOT, MIT DEN
STEIGENDEN PREISEN,**

ÜBER DIE KÄMPFE DAGEGEN !

KEINE ANGST VOR DEM SCHREIBEN !

ROTER STERN

**IST KEINE ZEITUNG FÜR LITERATEN,
SONDERN EINE ZEITUNG VON UND FÜR
WERKTÄTIGE !**

QVO VADIS BRD? Die Wahlen 2011



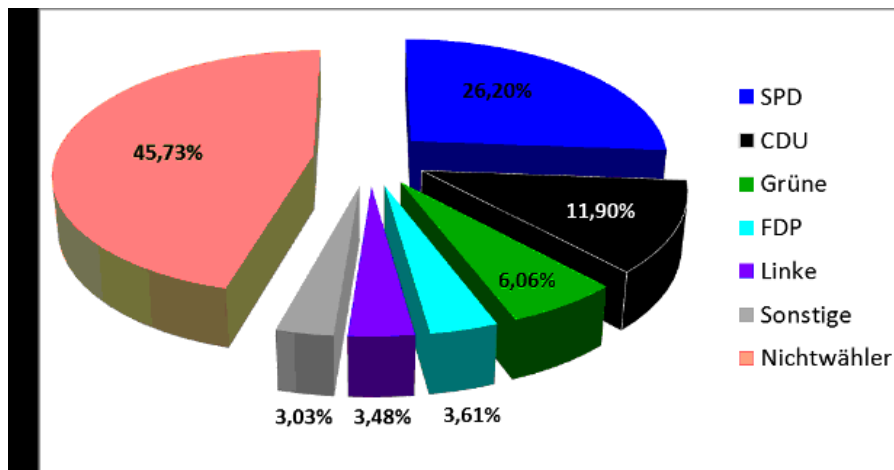
Erklärung der KPD/ML zu den diesjährigen Wahlen in der BRD

Landauf und landab hören wir: 2011 wird ein Superwahljahr. Es begann in Hamburg. Und die Medien schrien: Hamburg wird "rot" – SPD 50%.

"Es trägt doch oft der Schein – der Klügere dringet tiefer ein" (W. Busch)

Das wirkliche Ergebnis der Hamburgwahl sieht so aus:

Wahlstimmen für jede Partei in Prozent der Wahlberechtigten



Von wegen: "absolute Mehrheit"! Im Parlamentarismus wird bei der Verteilung der Staatsämter nur der Vergleich mit den Konkurrenzparteien herangezogen. Über die Legitimation der Amtsinhaber sagt das nichts.

Wenn Leute von der SPD meinen, jubeln zu können, sind sie politisch blind.

Ja, sie können sich auf Amtsesseln breit machen und mit öffentlichen Geldern um sich werfen. Sie haben nach den amtlichen Spielregeln dafür einen "Verfassungsauftrag". Einen "Wählerauftrag" haben sie nicht.

Die "Partei der Nichtwähler" gewann in Hamburg. Und sie wird auch in den anderen Bundesländern gewinnen.

(Nebenbei sei noch angemerkt: In der BRD werden Millionen vom Wahlrecht ausgeschlossen. Immerhin lebten von den 6,75 Millionen Ausländerinnen und Ausländern in Deutschland fast die Hälfte länger als 15 Jahre hier. Und 4,45 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner aus Drittstaaten (nicht EU-Staaten) seien in Deutschland auch auf kommunaler Ebene vom Wahlrecht ausgeschlossen.

Und eine beachtliche Anzahl begeht aktiven Wahlboykott)

Warum wählen?

Das fragen viele Kollegen! Wer die Wahl hat hat die Qual. Wer wählt – der wird hinterher gequält. Denn zahlen müssen wir!

Da haben wir keine Wahl mehr!

Doch, die haben wir! Wir müssen den außerparlamentarischen Klassenkampf wählen!

Die Ursachen der heutigen Krise

Die Produktivität steigt ständig. Die Werktätigen stellen in immer weniger Zeit immer mehr Produkte her. Das könnte enorme Vorteile bringen: Alle könnten kürzer arbeiten, das gesamte Sozialsystem könnte ausgebaut werden, das Rentenalter drastisch gesenkt werden usw. Im Kapitalismus ist das Gegenteil der Fall. Liegt das nur an einer falschen Politik der Regierung?

Nein! Zweck der Produktion ist im Kapitalismus nicht die Befriedigung der Bedürfnisse, sondern die Erwirtschaftung von (Maximal-) Profiten.

Die Wahl ist kurz - die Reu ist lang!

Ja, wen sollen wir denn wählen? Wir haben doch keinen Einfluss auf die Politik!

Und das liegt nicht an den einzelnen Parteien, auch nicht an den Abgeordneten, wie korrupt und verlogen sie auch sein mögen. Man kann sie weder abwählen, noch zur Rechenschaft ziehen. Die Politik wird nicht in den parlamentarischen Schwatzenbuden gemacht, sie wird gemanagt in den Ausschüssen, den Konzernbüros und den Direktions-etagen der großen Banken.

Wählen ändert daran überhaupt nichts!

Wahlen bedeuten auch eine Bilanz der aktuellen Bewusstseinslage der breiten Volksmassen. Der bürgerliche Parlamentarismus basiert auf Betrug, auf kleine Zugeständnisse. Aber in erster Linie auf Betrug! Eine der Stärken des bürgerlichen Parlamentarismus ist die, dass sie Illusionen in ihr System verbreitet. Die Wähler haben angeblich die Macht die politische Richtung zu bestimmen. Diese Illusion wird tagtäglich verbreitet. Deshalb soll auch die Wahlbeteiligung so hoch sein. Geht doch wählen, so der Tenor aus Politik, Kirche und Gewerkschaften. Die weiteren Einschnitte der Arbeits- und Sozialsysteme werden dann als "des Wählers Wille" propagiert. Diese Wahlen sind eine politische Farce.

Ehrlich, Kolleginnen und Kollegen, wie lange wollen wir uns eigentlich noch auf den Arm neh-

men lassen. Immer größer wird die Zahl derer, die bewusst die Wahl boykottieren.

Wir schlagen euch vor: Boykottiert aktiv diese Wahl in Sachsen-Anhalt! Geht ins Wahllokal und stimmt ungültig!

Kämpfen statt wählen! Wählt den außerparlamentarischen Kampf!

Wahlen haben etwas mit dem Bewusstseinsstand zu tun – zeigen wir der herrschenden Klasse: **Um uns selber müssen wir uns selber kümmern!**

WIR BRAUCHEN DEN SOZIALISMUS!

Nicht diese "Reformen" von der Links-Partei brauchen wir, die uns doch nur weiter ins Elend bringen. Kein herumgedoktere am System Marktwirtschaft (Kapitalismus), sondern eine neue Gesellschaft brauchen wir: Den Sozialismus/Kommunismus!

"Aber der Sozialismus funktioniert doch nicht", hören wir immer wieder. Und tatsächlich haben wir eine Niederlage erlitten. Aber auch der Kapitalismus hat historisch nicht in einem Anlauf gesiegt, sondern viele Versuche gemacht, bis er seinen Vorläufer, den Feudalismus, endgültig besiegt hatte.

Nicht funktioniert hat dieser "Sozialismus" der Herren Honecker, Mielke und Co. der sang und klanglos in den klassischen Kapitalismus überging. Eine ihrer "größten Erfolge" war es Verwirrung und Konfusion zu schaffen in Punkto Sozialismus. Die DDR ist nicht an zuviel, sondern im Gegenteil an zu wenig Sozialismus untergegangen. 1989/90 schwadronierten viele Bürgerrechtler "die DDR war gar nicht sozialistisch". Richtig! Sie war seit den 50iger eine Übergangsgesellschaft: weder Sozialismus noch klassischer Kapitalismus. Und diese m u s s t e untergehen!

Der Klassenkampf wird darüber entscheiden, in welche Richtung sich ein sozialistisches Deutschland entwickeln wird. Die klassenlose Gesellschaft kann nur durch die gesellschaftliche Bewegung der Werktätigen entstehen.

Dazu ist es aber erforderlich eine Partei zu haben, die bewusst, planmäßig und auf wissenschaftlicher Grundlage eine führende Rolle in der gesellschaftlichen Umgestaltung einnimmt. Nicht auf Beschluss oder Gesetz steht die Partei an der Spitze, sondern sie muss tagtäglich darum kämpfen, dass sie bei der Umgestaltung der Gesellschaft an der Spitze steht. Karrieristen, Pöstchenjäger, Bürokraten dürfen nicht geduldet werden. Die gewählten Organe haben keine Privilegien. Ihr Gehalt ent-

spricht dem eines Facharbeiters. Sie sind rechen-schaftspflichtig und jederzeit abwählbar. Eine bestimmte Zeit müssen sie auch mit den Werktätigen gemeinsam in der Produktion arbeiten. Sie kommen aus unseren Arbeiterreihen und gehören zu uns. Ein Leben im Elfenbeinturm a la Wandlitz bzw. der heutigen Parteibonzen muss verhindert werden.

Wir Kommunisten sind nicht prinzipiell gegen eine Wahlbeteiligung. Aber, da wo links draufsteht, muss nicht links drin sein!

Diese so genannte Linkspartei ist eine Partei, die als Arzt am Krankenbett des Kapitalismus agieren will. Sie verbreitet Illusionen, wirkt als Aufsaug-becken der Unzufriedenen und wird versuchen diese in das System einzubinden.

Wie sieht heute die Lage aus?

Wir haben erlebt wie die pseudosozialistischen Länder zusammenbrachen an ihren inneren Widersprüchen. Die Menschen z.B. in der DDR haben eine Jahrzehntelange Erfahrung mit dieser revisionistischen SED gemacht, haben die Widersprüche am eigenen Leib erfahren. Worte und Taten widersprachen sich. Und zuletzt erwiesen sich viele 100%ige Genossen als Wendehälse. Die Menschen in Ost und West sind sehr kritisch wenn es um die gesellschaftliche Alternative geht. Mit "guten" Parolen allein wird es kein Weiterkommen geben.

Ein Beispiel ist die MLPD. In Sachsen-Anhalt versuchte sie im Dritten Anlauf ins Parlament zu kommen. Auf Plakaten warb sie für den "echten Sozialismus". Viele Forderungen stellte sie vor: 30-Stunden-Woche – Hartz IV muss weg – Verbot aller faschistischer Organisationen usw. Aber auch: Vertrauen ist gut – Kontrolle ist besser. Mit einem Leninbildnis. Was fehlte war in ihrem Wahlkampf die Entlarvung des parlamentarischen Betrugssystems. Der Eindruck war, sollte die MLPD in den Landtag kommen, so würde sie ihre Forderungen auch durchsetzen. Und nur sie ist in der Lage dazu. Es ist die idealistische Sichtweise der MLPD eine Analyse der heutigen gesellschaftlichen Verhältnisse und des Bewusstseins der Werktätigen zu tätigen.

Lesen wir einmal die Auswertung der Wahlbeteiligung der MLPD in Sachsen-Anhalt:

"Trotz Wahlbehinderung und Medienboykott konnte die MLPD mit ihrer Offensive für den echten Sozialismus im Wahlkampf eine beachtliche Massenwirkung entfaltet. 164 Hauseinsätze, 39 Betriebseinsätze, 107 Infostände meist mit Kund-

gebungen, 28 Straßenumzüge und 35 Berufsschul-einsätze informierten allein in den letzten drei Wochen vor der Wahl Zigtausende. 443 Wahlhelfer wurden neu gewonnen und unterstützten in sechs Wählerinitiativen den Wahlkampf. Knapp 100 Probeabos wurden für die "Rote Fahne" abgeschlossen. Hinzu kommen 7.000 Plakate, 140.000 Wahlzeitungen, je zwei TV- und Radiospots und drei redaktionelle MDR-Berichte. Insgesamt wurde ca. die Hälfte der zwei Millionen Wahlberechtigten in Sachsen-Anhalt wenigstens einmal erreicht. (...)

"Sicher hätten wir gewünscht, dass sich diese Auseinandersetzung auch mehr im Stimmenergebnis niederschlägt", ergänzt Jörg Weidemann. "Aber das haben wir am wenigsten selbst in der Hand. Trotzdem freuen wir uns über 2.317 Zweitstimmen (0,23 Prozent). Diese Wählerinnen und Wähler haben trotz verschiedener linker Parteien, die zur Wahl standen, sehr bewusst die revolutionäre Alternative gewählt. Unter dieser Bedingung ist das Ergebnis durchaus beachtlich, auch wenn es 2006 noch 4.060 Stimmen (0,4 Prozent) waren. Am wichtigsten sind ohnehin die vielen neuen Verbindungen und Mitglieder für die MLPD, unseren Jugendverband und weitere Kräfte der kämpferischen Opposition."

Also wie gehabt. Erfolge, Siege und so weiter.

Warum wählen die Menschen die MLPD nicht? (Real waren es: 0,1%)

"Eine große Mehrheit der Deutschen könnte sich einer Umfrage zufolge vorstellen, in einem sozialistischen Staat zu leben, solange für Arbeitsplätze, Solidarität und Sicherheit gesorgt wäre. Die "Bild"-Zeitung berichtete, damit hätten sich bei einer Emnid-Umfrage 80 Prozent in Ostdeutschland und bis zu 72 Prozent in Westdeutschland einverstanden erklärt."

(www.n24.de/news/newsitem_5926151.html)

Diese Parteien mit kommunistischem Anspruch – KPD/Ost und MLPD - haben nicht den geringsten Rückhalt in der Gesellschaft. Den müssen sie sich erstmal erwerben – tagtäglich. Ihre parlamentarischen Aktivitäten bedeuten für die gegenwärtige Situation nur eine politische Blamage, eine Farce.

Die Vorstellung durch eine Mitarbeit im parlamentarischen Wahlkampf in die Parlamente zu gelangen ist eine Illusion und führt letztlich in die Sackgasse. Sie ist unter Umständen schädlich.

Kommunisten und Parlament

Die deutschen Kommunisten bewährten sich auch in den Parlamenten der Weimarer Republik als Verfechter der Lebensinteressen der Werktätigen. Sie nutzten selbst die geringsten Möglichkeiten, die das bürgerliche Parlament bot, um die tagtägliche Not der Massen lindern zu helfen. Während die SPD in Koalition mit bürgerlichen Parteien am Ausbau und an der Festigung der imperialistischen Staatsmacht mitarbeitete und deshalb bestenfalls Reformen aushandelte, traten die kommunistischen Abgeordneten für die gegenwärtigen und zukünftigen Interessen der Werktätigen ein, die sie als Einheit betrachteten. Ihr Handeln war von der Erkenntnis bestimmt, daß Not und Elend der Armen in der kapitalistischen Gesellschaft wurzeln und nur mit dieser selbst vollständig und dauernd zu beseitigen sind, daß nur der Sozialismus das Recht des arbeitenden Menschen auf ein glücklicheres Leben in sozialer Sicherheit garantiert.

Der parlamentarische Kampfboden gestattete es den Kommunisten, die bürgerlich-demokratischen Freiheiten im bestimmten Maße für die Durchsetzung von sozialen und demokratischen Forderungen der Massen zu nutzen. Sie verteidigten diese Rechte und Freiheiten gegen reaktionäre Anschläge.

Für die kommunistischen Abgeordneten war also die parlamentarische Tätigkeit eine wichtige Form revolutionärer Massenarbeit im Sinne Lenins, "eines der Mittel der AUFKLÄRUNG, zur ERZIEHUNG und ORGANISIERUNG des PROLETARIATS..., eines der Mittel des politischen Kampfes für die BEFREIUNG DER ARBEITER" (Lenin, Bd.11, S.269) Die Kommunisten benutzten die Parlamentstribüne, um die antiimperialistische Alternative der KPD, "die Grundbegriffe und die Ziele des Sozialismus, und zwar des wissenschaftlichen Sozialismus" (Lenin, Bd.15, S.443), zu propagieren.

Sie unterstrichen auch in ihren Parlamentsreden grundsätzlich die Notwendigkeit, die herrschende Klasse durch die sozialistische Revolution zu stürzen, die sozialistische Staatsmacht zu errichten und eine neue, von Ausbeutung und Unterdrückung freie Gesellschaftsordnung aufzubauen. Zugleich bot der Reichstag besonders gute Möglichkeiten, die volksfeindliche Politik des herrschenden Monopolkapitals zu entlarven, sich direkt und anschaulich mit den diese Politik verfechtenden Vertretern der bürgerlichen Parteien

auseinanderzusetzen und der Flut antikommunistischer Ausfälle wirksam entgegenzutreten.

Mit ihrer Reichstagsarbeit halfen die Kommunisten den Massen, sich in der politischen Lage zurechtzufinden und die sich aus ihr ergebenden, oft komplizierten Aufgaben des Klassenkampfes zu begreifen. Nicht zuletzt durch die Arbeit in den Parlamenten selbst trugen sie dazu bei, von der Bourgeoisie und den Sozialreformisten unter den Werktätigen verbreitete parlamentarische Vorurteile und Illusionen zurückzudrängen.

Wenn sich die KPD als "der zielbewußteste Teil des Proletariats" verstand, "der die ganze breite Masse der Arbeiterschaft bei jedem Schritt auf ihre geschichtlichen Aufgaben hinweist, der in jedem Einzelstadium der Revolution das sozialistische Endziel und in allen nationalen Fragen die Interessen der proletarischen Weltrevolution vertritt", so formulierte sie damit auch die Grundbedingungen kommunistischer Parlamentspolitik.

In den folgenden Jahren entwickelte die KPD ein ausgewogenes Programm, das alle Teilgebiete der Kommunalpolitik- Steuer- und Mietfragen, Bau-, Wohnungs- und Gesundheitswesen sowie Fragen der Lebensmittelversorgung und des Kampfes gegen Teuerung und Inflation - umfaßte.

Die Wahl ist kurz- die Reu ist lang!

Es hat nichts mit Demokratie zu tun, wenn das Volk unter mehreren Teufeln den seiner Meinung nach besten "demokratisch" wählen darf.

Die Demokratie darf nicht mit der Abgabe des Stimmzettels enden.

Über "den SAUSTALL" (Lenin, Bd.25/S.435) des bürgerlichen Parlamentarismus:

"Einmal in mehreren Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament niederhalten und zertreten soll- das ist das wirkliche Wesen des bürgerlichen Parlamentarismus..."

Schwatzbuden

"Man sehe sich ein beliebiges parlamentarisch regiertes Land an...: die eigentlichen 'Staats'-geschäfte werden hinter den Kulissen abgewickelt und von den Departements, Kanzleien und Stäben verrichtet! In den Parlamenten wird nur geschwätzt, speziell zu dem Zweck, das 'niedere Volk' hinters Licht zu führen..."

(Lenin, Bd. 25, S.436)

Aus unserem Vertrieb:



Die oben abgebildeten Musiksammlungen, Reden und Texte sind als CD erhältlich. Jede **Einzel-CD** kostets **5 €**, jede **Doppel-CD** **8 €**, die DVD "Aus dem Alltag im sozialistischen Albanien" **3 €**, jeweils einschließlich Porto.

Außerdem als CD erhältlich:

* **Dokumente von Enver Hoxha und Josef Stalin**

Reden von Ernst Aust auf CD:

(Privatmitschnitte mit Klangmängeln)

* = neu im Angebot

1976: **Rede auf dem 3. Parteitag der KPD/ML**

1979: **"Sozialismus in der Krise?"**

1979: **Von Stalin lernen heißt siegen lernen (Doppel-CD)**

1980: **Zum Antikriegstag ***

1981: **Deutschland darf kein Schlachtfeld werden (Friedensplan der KPD/ML, Doppel-CD) ***

1982: **Das wahre Gesicht des realen Sozialismus ***

1982: **Gegen Sozialabbau und Rüstungswahn (zum 1. Mai) ***

1982: **15 Jahre Roter Morgen**

Preis: **5 €**, Doppel-CD **8 €**/ alle **8 Reden für 25 €**

Als Broschüre für jeweils 2 € erhältlich sind:

* **Waltraud Aust:** Der 17. Juni 1953 aus der Sicht einer Kommunistin

* **Herbert Polifka:** Wie die DDR zur BRD kam

Sozialistische Albanische Hefte 1/2004, 2/2006, 3/2009

Ernst Aust: Die Jugend wird den Kampf entscheiden (Auszüge aus der Rede 1975)

Aktuell: Zionismus - Todfeind der Völker

Aktuell: Der Intellektualismus und dessen Verhältnis zur proletarischen Partei und Revolution

Kampf für die Befreiung der Frau

Bestellungen bitte an:

H. Polifka, Postfach 35 11 02

39034 Magdeburg

Bankverbindung: **Commerzbank Marl, K-Nr.: 613145200**

BLZ 360 400 39, Kennwort GEWISO

(Aufgrund schlechter Erfahrungen mit "Genossen" erfolgt die Lieferung nach Eingang der Zahlung)

Wieder aufgelegt:

KPD/ML: Die Wahrheit über Stalin (Broschüre, 3 €)

Neu: 1968-2008 - 40 Jahre KPD/ML bzw. KPD Preis: **4 €** incl. Porto

Wer ist die KPD/ML ?

Die KPD/ML wurde zu Silvester 1968 unter Führung von Genossen Ernst Aust im Kampf gegen den Revisionismus gegründet. Nach dem Verrat der Führung der illegalen KPD reorganisierte Ernst Aust die Partei auf den Grundlagen des Marxismus-Leninismus und stellte sie wieder in die Tradition der von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Ernst Thälmann gegründeten bzw. aufgebauten KPD. Unter der Führung von Ernst Aust wuchs die Partei und gewann vor allem in den Großbetrieben Westdeutschlands beträchtlichen Einfluß. Ernst war auch maßgeblich beteiligt an der Erstellung des Programms der Partei auf kommunistischer und revolutionärer Grundlage. Unter Genossen Ernst Aust wurden auch die Sektionen der KPD/ML in Westberlin und in der DDR gegründet, hier in strengster Illegalität. Trotzdem gelang es dem Stasi, eine Anzahl von Spitzeln in die KPD/ML (Sektion DDR) einzuschleusen und eine Reihe Genossen jahrelang in Haft zu nehmen, weil sie gegen den Verrat der SED am Kommunismus kämpften. Ende der 70er Jahre befreite sich die KPD/ML dabei von den maoistischen Kinderkrankheiten. Anfang der 80er gelang es einer Gruppe von neusozialdemokratischen Karrieristen - vor allem Studenten, die in die Betriebe gegangen waren und aufgrund ihrer Beredsamkeit jetzt dort Karriere machten - die Partei zum großen Teil zu liquidieren. Der Wiederaufbau war dadurch objektiv sehr schwierig, bis schließlich wieder ein fester kommunistischer Kern geschmiedet war. Erschwert wurde die Arbeit auch dadurch, daß

in dieser kritischen Phase Genosse Ernst Aust verstarb.

Die KPD/ML ist eine Partei der Arbeiterklasse, sie stützt sich auf die praktischen Erfahrungen und die wissenschaftlichen Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und Stalin.

Sie tritt für eine Gesellschaft ein, in der die Arbeiterklasse und alle Lohnabhängigen ihre Arbeitskraft nicht länger als Lohnsklaven an die Kapitalisten verkaufen müssen, sondern als freie Mitglieder der Gesellschaft die Produktion und ihr Leben selbst gestalten können.

Um zu dieser klassenlosen Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung zu gelangen, muß die Diktatur der Bourgeoisie gestürzt werden. Die KPD/ML unterstützt alles - auch jede Reform - was diesem Ziel dient.

Dazu ist die Einheit der Arbeiterklasse, der deutschen und der ausländischen Arbeiter, die Loslösung von den reformistischen politischen und gewerkschaftlichen Führern notwendig.

Dringend muß die Einheit der Marxisten-Leninisten und aller Revolutionäre gefördert werden. Die KPD/ML beteiligt sich an allen Aktionseinheiten, theoretischen Diskussionsforen, internationalen Beziehungen, die dem Interesse der Arbeiterklasse und dem Kommunismus dienen.

Der Reformismus hat durch die Kapitalentwicklung immer weniger Spielräume. Der Aufbau einer revolutionären Alternative in Deutschland ist dringender denn je.

* * *

“Die Diktatur des Proletariats aber, d.h. die Organisierung der Avantgarde der Unterdrückten zur herrschenden Klasse, um die Unterdrücker niederzuhalten, kann nicht einfach nur eine Erweiterung der Demokratie ergeben. *Zugleich* mit der gewaltigen Erweiterung des Demokratismus, der *zum ersten mal* ein Demokratismus für die Armen, für das Volk wird und nicht ein Demokratismus für die Reichen, bringt die Diktatur des Proletariats eine Reihe von Freiheitsbeschränkungen für die Unterdrücker, die Ausbeuter, die Kapitalisten. Diese müssen wir niederhalten, um die Menschheit von der Lohnsklaverei zu befreien, ihr Widerstand muß mit Gewalt gebrochen werden, und es ist klar, daß es dort, wo es Unterdrückung, wo es Gewalt gibt, keine Freiheit, keine Demokratie gibt.” (W.I. Lenin)